121. Dienstag den 28. Mai 1861. 121.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 28. Mai. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Kaiserlich russischen Geheimen Rath und Direktor des medizinischen Departements im Ministerium des Innern, Dr. von Ostolig, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern, dem Königlich schwedisch-norwegischen General-Konsul Foelsch von Fels in Marseille den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Kaiserlich östreichischen Ober-Lieutenant Kamm im Flottillenkorps den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Divisions-Küster Schureck bei der 2. Garde-Division, dem Kirchenvorsteher Dettmann zu Wiek auf Wittow im Kreise Rügen und dem pensionirten Gendarmen Koenig zu Brandenburg an der Havel das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Häuer Johann Zempulik zu Trockenberg, dem Steiger Karl Scheliga von der Galmeygrube „Wilhelmine", dem Steiger Karl Duda von der Galmeygrube „Scharley" und dem Maschinenwärter Joseph Lapzinsky zu Alt-Repten im Kreise Beuthen, in Oberschlesien, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; ferner den nachbenannten Personen die Erlaubniß zur Anlegung der von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein Königlicher Hoheit ihnen verliehenen Orden zu ertheilen, und zwar: Des Komthurkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen: dem Regierungs-Präsidenten von Massenbach zu Düsseldorf; des Ritterkreuzes erster Klasse des Ludwigs-Ordens: dem Regierungsrath Wohlers ebendaselbst; und des Ritterkreuzes erster Klasse des Verdienst-Ordens Philipps des Großmüthigen: dem Rentmeister a. D. Bilger zu Broich.

Angekommen: Der Fürst Sulkowski, von Reisen; der General-Major und Kommandeur der 4. Kavallerie-Brigade, von Gotsch, von Bromberg.

Abgereist: Se. Exzellenz der General-Lieutenant und Direktor der Kriegs-Akademie, von Schlichting, nach Hannover.

Nr. 126 des St. Anz.'s enthält Seitens des k. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten eine Bekanntmachung vom 24. Mai 1861, betr. die Erlaubniß zur Einführung russischer Kreditscheine und russischer Schatz-Obligationen nach Rußland und Polen.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 27. Mai. [Unterhandlungen über Syrien; die Würzburger; Hannovers Erbrecht auf Braunschweig.] Die syrische Frage, so gewitterschwanger sie auch vor einiger Zeit aussah, scheint dennoch ohne Entladung vorüberziehen zu wollen. Trotz der drohenden Depesche des Herrn Thouvenel und trotz der polternden Artikel der von Lord Palmerston inspirirten „Morning Post" zeigen die alten westmächtlichen Bundesgenossen sich noch einmal geneigt, einen Waffenstillstand abzuschließen, weil es ihnen jetzt noch nicht gerade bequem ist, sich die Opfer und Gefahren eines Krieges aufzuerlegen. Von beiden Seiten wird auf eine Ausgleichung hingearbeitet, deren Grundlage, wie Pariser Berichte behaupten, bereits gefunden sein soll. Auch Preußen hat, wie verlautet, eine vermittelnde Stellung eingenommen und ist bereit, jedes Kompromiß zu unterstützen, mit dem Vorbehalt, daß die Zustimmung der Pforte vorher gewonnen werde. Auch der Eifer, welchen die offiziösen Blätter des Tuilerienkabinets entfalten, um den durch die jüngste Gortschakoff'sche Note erregten Verdacht eines speziellen Bündnisses zwischen Frankreich und Rußland abzuwehren, zeugt dafür, daß Napoleon III. zur Zeit noch einen Bruch mit England zu vermeiden wünscht. — Die Regierungen der Würzburger Genossenschaft bemühen sich, ihre neuesten Schritte im unschuldigsten Lichte darzustellen. Man findet gleichzeitig in der „Allgemeinen Zeitung", in der „Donau-Zeitung" und im englischen „Morning Herald" Korrespondenzen, welche einstimmig versichern, die Mittelstaaten hätten keine andere Absicht, als für eine wirksame Vertheidigung des Oberrheins die geeigneten Maaßnahmen zu berathen. Sehr wunderlich aber muß es erscheinen, daß die Würzburger eine solche im gemeinsamen Interesse Deutschlands liegende Sache als eine Sonderbundsfrage behandeln, statt auf die Vorschläge Preußens einzugehen, das die Vertheidigung des Oberrheins gewiß als einen wesentlichen Theil des Grenzschutzes gegen Frankreich anerkennt. Uebrigens erfährt man mit Befriedigung, daß die Anhänger des preußischen Projektes sich mehren, und daß nach Baden und Mecklenburg auch einige Staaten des Würzburger Lagers dem Berliner Kabinet zustimmende Erklärungen übermacht haben. — In der hiesigen Springer'schen Buchhandlung ist unter dem Titel: „Braunschweigs Anschluß an Preußen" eine Flugschrift erschienen, welche die Frage: ob Hannover denn ein unbestreitbares Erbrecht auf Braunschweig zustehe, entschieden verneint. Die Frage wird jetzt in Braunschweig, und zwar selbst in dortigen Abgeordnetenkreisen, lebhaft besprochen.

☾ Berlin, 27. Mai. [Vom Hofe; Tagesnachrichten.] Im Laufe des heutigen Vormittags arbeitete der König im Beisein des Fürsten von Hohenzollern mit den Geheimräthen Illaire und Costenoble und nahm alsdann die Meldungen mehrerer hier eingetroffenen höheren Militärs entgegen. Unter denselben befand sich auch der Kommandeur der 4. Kavalleriebrigade, Generalmajor v. Gotsch, der gestern aus Bromberg hier angekommen ist. Nachmittags hielt, wie schon gemeldet, der türkische Botschafter Vely Pascha, gefolgt von seinen beiden Begleitern, den Gesandtschaftssekretären Aly Bey und Garin de Lamorflan, seine Auffahrt und wurde vom Könige, im Beisein des Ministers v. Schleinitz, in einer Privataudienz empfangen; darauf hatte der türkische Delegirte auch die Ehre, durch Herrn v. Schleinitz der Königin vorgestellt zu werden. — Die Tafel fand um 5 Uhr statt und erschienen an derselben die hohen Gäste, die türkische Orden besitzen, mit denselben dekorirt. Um 9 Uhr Abends ist bei den Majestäten Theegesellschaft, zu welcher außer den hohen Herrschaften auch der Minister v. Schleinitz, der türkische Botschafter Vely Pascha, der türkische Gesandte Aristarchi Bey und andere Mitglieder des diplomatischen Korps geladen waren. — Die kleinen deutschen Fürsten kommen jetzt nach der Reihe an unseren Hof. Heute Abends ist der Fürst von Waldeck aus Arolsen hier eingetroffen und wird mehrere Tage hierselbst zum Besuche verweilen. — Der französische Gesandte Prince de la Tour d'Auvergne besuchte gestern Nachmittags den Grafen Pourtalès in der Victoriastraße und hatte mit demselben eine längere Konferenz; heute Vormittags waren beide beim Minister v. Schleinitz, der später auch die Gesandten v. Usedom und Graf Königsmarck empfing, welcher gestern aus Haag hierher zurückgekehrt ist. — Graf v. Arnim-Boytzenburg ist, von seiner Krankheit völlig wiederhergestellt, bereits gestern von Wiesbaden hier eingetroffen und erschien heute schon im Herrenhause. Von allen Seiten wurde er auf das Herzlichste begrüßt. Graf v. Redern, der Preußen in Brüssel vertritt, und der niederländische Gesandte, Baron Schimmelpenninck v. d. Oye, fuhren heute zum Besuch der Königin-Wittwe nach Schloß Sanssouci. Wie ich gehört, beabsichtigt die Prinzessin Friedrich der Niederlande aus Haag nach Potsdam zu kommen, sofern die Königin Elisabeth bei dem schönen Wetter nicht schon in nächster Zeit die Reise nach Dresden und Tegernsee antreten sollte. Bis jetzt hört man noch Nichts von dem Reiseprogramm der Königin-Wittwe. — Der erste britische Gesandtschaftssekretair, Lowther, ist gestern Abend nach London abgereist und hatte am Sonnabend noch die Ehre, von der Frau Kronprinzessin empfangen zu werden. Lowther wird bis Ende Juli in London bleiben und erst dann wieder hierher zurückkehren, um für Lord Loftus, der um diese Zeit einen längeren Aufenthalt in Baden-Baden nehmen will, die Geschäfte der Gesandtschaft zu leiten. Den Geburtstag der Königin Viktoria konnte Lord Loftus nicht durch ein Festdiner verherrlichen, da er in seiner Wohnung in der Regentenstraße zu einer solchen Festlichkeit nicht den erforderlichen Raum hat. Vielleicht bestimmte ihn auch die noch andauernde Trauer um die Herzogin von Kent, von einer lauten Feier des Geburtsfestes abzusehen. — Aus der Borsigschen Fabrik gingen heute zwei neue gekuppelte Güterzugsmaschinen für die Rheinische Bahn nach Dortmund ab. Dieselben führen die Namen „Main" und „Mosel" und die Nummern 1221 und 1222.

Ω Berlin, 27. Mai. [Die Befestigung von Trier; energischere Maaßregeln in der deutschen Militärfrage; die Militärschießschule; Vermischtes.] Wenn neuerdings wiederholt, namentlich in den liberalen Zeitungen, von einer Erhebung Triers zu einer Festung ersten Ranges, oder doch zu einem großen befestigten Waffenplatz die Rede gewesen ist, so beruht nach eingezogenen näheren Erkundigungen die Veranlassung zu diesem Gerede wahrscheinlich nur darauf, daß vor Jahren schon der seiner Zeit als Militärtheoretiker einen bedeutenden Ruf besitzende ältere General v. Willisen (der Führer der schleswig-holsteinschen Armee von 1850) die Anlage eines derartigen Zentralplatzes bei der genannten Stadt warm empfohlen hat, aber auch damals bereits von dem berühmten preußischen Ingenieurgeneral Aster mit diesem seinem Projekt gründlich abgefertigt worden ist. Das jetzige Kammermitglied, General Stavenhagen, mag vielleicht diese Idee seines alten Freundes Willisen wieder aufgenommen und in Privatkreisen empfohlen haben, oder ist vielleicht auch nur dadurch, daß sich der Letztere durch seine vorjährige Denkschrift über die neue preußische Militärorganisation wieder in das Gedächtniß der Gegenwart zurückgerufen hat, die Aufmerksamkeit mit auf jenen seinen früheren Lieblingsgedanken wieder hingelenkt worden, irgend eine Aussicht für die Verwirklichung desselben wird aber schlechterdings in den sonst über dergleichen Maaßnahmen gut unterrichteten Kreisen in Abrede gestellt. Im Gegentheil sind alle Sachverständigen beinahe darüber einig, daß seiner Bodenbeschaffenheit wegen schwerlich ein Platz sich so wenig als Trier zu einer derartigen Anlage eignen möchte. Die Beibehaltung Saarlouis' als Festung wird dagegen durch die daselbst vor Kurzem verfügte Erbauung eines bombensicheren Lazareths außer Zweifel gestellt, und darf das frühere Gerücht von der Aufgabe auch dieses Platzes damit wohl als beseitigt angesehen werden. — Es ist die allgemeine Ansicht, daß das Verhalten der deutschen Mittelstaaten in der deutschen Militärfrage und die erneute Konferenz derselben zu Würzburg nunmehr auch die preußische Regierung zu entschiedeneren Maaßnahmen in der gedachten Frage veranlassen werde. Das Wie hierbei ist freilich noch nicht abzusehen, aber geschehen muß allerdings hier etwas, wenn Preußens Ansehen beim Auslande nicht schließlich auf Null herabsinken soll. Auf das jetzige größere Entgegenkommen Badens und Kurhessens in dieser Angelegenheit ist freilich auch kein besonderes Gewicht zu legen, noch sind irgend welche bestimmte Hoffnungen daran zu knüpfen; denn es ist ein altes, sich bei den deutschen Mittelstaaten gegen Preußen und resp. auch gegen Oestreich immer wiederholendes Manöver, daß bei jeder streitigen Frage sich scheinbar eine oder einige Regierungen derselben der Ansicht der betreffenden Großmacht zuneigen, ohne daß sich jedoch bisher noch irgend einmal hieran hätten bestimmte Fäden knüpfen lassen. Vor Kurzem war das erst noch mit Württemberg der Fall, jetzt wieder mit Baden, und Hannover hat in seiner gründlichen Abneigung gegen Preußen bis dahin bei allen Gelegenheiten selbst den Schein einer solchen Hinneigung zurückgewiesen. — Die Schießschule zu Spandau ist nunmehr statt früher nur zu einer zu zwei beinahe 400 Mann starken Kompagnien organisirt worden, jedes Infanterieregiment der Armee findet sich darin durch einen Unteroffizier und drei Gemeine vertreten. Das Offizierkorps der Infanterie giebt außerdem per Regiment abwechselnd von Jahr zu Jahr einen Offizier dazu, so daß sich also bei 81 Regimentern jedesmal für den Sommerkursus 40—41 Offiziere dabei eingetheilt befinden. Die künftige Organisation der Reitschule zu Schwedt soll außer noch einem stärkeren Offizierkontingent ganz ähnlich erfolgen und wird für das Lehrbataillon zu Potsdam für künftiges Frühjahr eine ebenfalls hieran anschließende Organisation erwartet.

— [Zulassung jüdischer Rechtskandidaten.] Durch eine Verfügung des früheren Justizministers Simons vom 10. Juli 1857 war mit Rücksicht auf die damalige große Anzahl jüdischer Referendarien und Assessoren und die geringe Aussicht auf deren baldige Anstellung die Anordnung getroffen, daß Rechtskandidaten jüdischer Religion zur Auskultator-Prüfung und Beschäftigung bei den Gerichten vorläufig nicht weiter verstattet werden sollten. Der Justizminister v. Bernuth hat diese Verfügung jetzt außer Kraft gesetzt und die Obergerichte durch eine allgemeine Verfügung vom 21. d. angewiesen, dergleichen Kandidaten zu den juristischen Prüfungen und zu ihrer Beschäftigung und Ausbildung bei den Gerichten fortan wieder zuzulassen.

Schkölen, 25. Mai. [Ueber die grauenhafte Ueberschwemmung unserer Stadt] sind in vielen in- und ausländischen Zeitungen so auseinandergehende Berichte erstattet worden, daß es nicht überflüssig erscheinen wird, noch einen auf konstatirten Thatsachen beruhenden Bericht zu lesen. Die Stadt Schkölen zählt an 2000 Einwohner, deren Mehrzahl arm ist. Ein Theil der Stadt, die alte Stadt, liegt in einem von Westen nach Osten zwischen drei Hügelketten sich hinziehenden Thale. Innerhalb desselben im Westen vor der Stadt entlud sich Abends gegen 6 Uhr am 13. d. der entsetzliche, mit Hagelschlag verbundene Wolkenbruch, dem weit über eine Stunde noch dicht herabströmender Regen nachfolgte. Die Wassermassen drangen in drei Sromarmen in die Stadt und vereinigten sich zwischen dem Rathhause und dem Gasthof „zum Bären", während noch starke Seitenarme hinter dem und durch das Rathhaus flutheten. Die Wassermassen brachen allenthalben urplötzlich herein, durchwühlten die Wände der Gebäude, die ihnen den Weg hemmten, und eine Anzahl Gebäude stürzte alsbald zusammen. Innerhalb weniger Minuten fluthete das mit vielem Schlamm vermengte Wasser 4—5 Ellen hoch durch die Wohnungen, zertrümmerte Fenster und Hausthüren und gelangte so zu dem oben bemerkten Sammelplatze der Fluth. Durch dieses schnelle, hohe und reißende Eindringen der Fluth wurde vieles Vieh getödtet und Menschen aus dem Wohnzimmer durch die Fenster fortgerissen oder in dem Schlamme der schnell sinkenden Gebäude begraben. Keiner der neun Todten wurde vom Unwetter im Freien überfallen. Was sich in den betroffenen Gebäuden an Vieh und Sachen fand, wurde meistens von der Fluth mit fortgeschwemmt. Ziemlich eine Viertelstunde lang und an 500 Schritte breit zog in dieser Weise der Gesammtstrom seine grauenvolle Bahn, bis er sich unterhalb der Stadt an der ersten Mühle wieder theilte, und hier das Mühlengebäude so demolirte, daß das große Mühlenrad zusammenknickte und Wirthschaftsgebäude zusammenstürzten, unter deren Trümmern eine Magd ihren Tod fand. Auch in den Dörfern Seiselitz, Utenbach und Rauerwitz wurden ähnliche Verheerungen angerichtet. Neun Menschen (drei Ehemänner, eine Ehefrau, 4 Kinder und eine Magd) fanden den Tod. Noch spät in der Nacht wurden um Hülfe rufende Menschen von beherzten Männern unter Lebensgefahr aus wankenden Gebäuden gerettet. Der folgende Morgen bot ein unbeschreibliches Bild von dem Gräuel der Verwüstung. Die Straßen waren unwegsam, zum Theil durch hohe Balkenhaufen gesperrt. Seit 8 Tagen ist nun von den herbeigeeilten Nachbaren mit Menschen und Pferden brav gearbeitet worden und kaum wird noch ein Fremder gewahr, daß gearbeitet worden ist. Am ersten Tage fehlte es total an Nahrungsmitteln und die benachbarten Dörfer schafften mit rühmenswerther Barmherzigkeit Brot und Mehl als Liebesgaben herbei. Die neun Verunglückten wurden den 16. d. Nachmittags unter dem Zulauf von vielen Tausenden aus der Nähe und Ferne feierlich in einem Grabe beerdigt. Schließlich einen kurzen Ueberblick der amtlich festgestellten ruinirten und beschädigten Gebäude nebst ertrunkenem Vieh. Ganz armen Leuten gehörig sind 5 Wohnhäuser, 5 Scheunen und 16 Ställe total niedergerissen und 14 Gebäude schwer und 5 leichter beschädigt worden. Ueber die Gebäude der in besseren Verhältnissen befindlichen folgender Nachweis: 16 Gebäude verschiedener Gattung, darunter eine Kaufmannsniederlage, sind total ruinirt, 10 andere schwer, noch andere leicht beschädigt, darunter sind die genannte Dammmühle mit Stallgebäuden und die Rittergutsscheune nicht einbegriffen. An Vieh sind über 20 Ziegen, 18 Kühe und Kälber, 25 Schweine, 3 Pferde und viele Gänse und Hühner ertrunken. Ein Drittheil der Feldflur ist schwer beschädigt und vorzüglich der Raps durch den Hagelschlag ganz vernichtet. Der Verlust auf den Feldern und an Feldfrüchten nicht mit gerechnet, übersteigt die Höhe des Verlustes innerhalb der Stadt 100,000 Thlr., dabei 10,000 Thlr. Verlust der Kaufleute an fortgespülten und total ruinirten Kaufmannswaaren. (Sp. Z.)

Oestreich. Wien, 25. Mai. [Die ungarischen Wirren.] Mehrere Reichsräthe wollten die (nun beendeten) Ferien benutzen, um sich mit den Parteiführern in Ungarn zu besprechen, allein die klugen Polen verweigerten die Theilnahme an einer solchen Ulyssesfahrt; einige Czechen schifften hinab, welche mit den nicht-magyarischen Elementen Anknüpfungspunkte suchen, um sich selbst zu verstärken. Nur Wenige glauben noch daran, daß eine Paktirung mit Ungarn irgendwie erreichbar ist, und zu diesen Wenigen gehören die magyarischen Minister und Hightories nicht; sie erkennen zu spät, daß das Oktoberdiplom der Regierung die Kraft entwand, und sie sich im Charakter ihrer Nation und in der Stimmung des Momentes arg täuschten. Der Primas, der Judex curiae, der Hofkanzler und andere hervorragende Würdenträger verbürgten, daß die gewährten Konzessionen einen verständigen und ruhigen Ausgleich herbeiführen würden, und nun mußten sie selbst ihre Zustimmung ertheilen, daß die verweigerte Steuer durch Militär eingetrieben werde. Die hierbei vorkommenden Exzesse belehren, daß dieser Modus kaum ein zweites Mal angewandt werden kann, da eine Korruption der Soldaten bevorsteht; diese werden nämlich

von den verarmten Steuerzahlern mit Braten, Bäckereien und Wein traktirt und mit aller Gastfreundschaft bewirthet. Gegen diese Bestechung läßt sich nichts vorbringen; allein die weinselige Mannschaft kann dann nicht so leicht zu ihren Pflichten angehalten werden. Die Konflikte mit den widerstrebenden Komitatsbehörden sind bedauerlich und werden und müssen zur Einsetzung militärischer Gewalten führen; schon sind alle kaiserlichen Beamten unter die Militärgerichtsbarkeit gestellt, um sie vor Insulten zu schirmen, und ehestens werden die Magistrate, welche die Steuerbücher verweigern, die Konskription hindern, die Grundbücher vernachlässigen und die Befehle der Behörden unberücksichtigt lassen, ernannten Beamten ihre Plätze räumen. Aus diesen Wirren führt kein friedlicher Weg. (K. Z.)

— [Straßentumult in Kuttenberg.] Ueber einen zu Kuttenberg in Böhmen während der Pfingstfeiertage vorgefallenen Exzeß berichtet die „Bohemia“: Zwei Handwerksgesellen waren wegen öffentlich gethanen regierungsfeindlichen Aeußerungen zur Verantwortung gezogen worden. Der Stadtarzt Dr. Dreyer, befragt, ob die beiden Individuen zur körperlichen Züchtigung geeignet seien, soll die Frage bejaht haben. Bald nach der Abstrafung verbreitete sich das unwahre Gerücht, daß einer der Bestraften gestorben, der andere schwer leidend sei. Dies soll Veranlassung gewesen sein, daß am Pfingstmontage eine große Menge Volkes sich vor der Wohnung des Stadtarztes sammelte und demselben die Fenster einschlug. Durch das Geklirr der zerschlagenen Fensterscheiben noch mehr aufgeregt, wälzte sich die Menge zu einigen benachbarten Häusern, deren Bewohner ihr in irgend einer Art mißliebig waren, und zertrümmerte dort gleichfalls die Fenster. Unter den also heimgesuchten Gebäuden war auch das Rathhaus, das Kasino und mehrere Häuser am Kohlmarkt. Das Gewölbe einer Rosogliofabrik, einem Israeliten gehörig, wurde erbrochen und die darin vorgefundenen Flaschen ausgetrunken, was begreiflicherweise nicht dazu beitragen konnte, die Stimmung des Pöbels ruhiger zu machen. Das bei einem mißliebigen Bäckermeister vorgefundene Mehl soll verstreut, die Brot- und Semmelvorräthe für gute Beute angesehen worden sein u. s. w. Durch das in der Stadt liegende Militär nach und nach auseinander und aus der Stadt getrieben, sammelten sich die Haufen zunächst vor der Spinnerei und Druckfabrik des Herrn Breier wieder und schlugen unter Lärmen, Johlen und Schreien die Fensterscheiben ein. Dasselbe geschah der gegenüber befindlichen Zuckerfabrik des Herrn Teller, wo auch mehrere Fensterstöcke herausgebrochen wurden. Die aus dem Straßenpflaster herausgerissenen Steine wurden mit solcher Gewalt in die Zimmer geschleudert, daß sie an den in denselben befindlichen Möbeln, Spiegeln u. dgl. arge Verwüstungen anrichteten. Die Menge versuchte es auch, in das Innere der Fabrik einzudringen, doch wurden die beiden Einfahrtsthore gewissermaßen durch eine Wagenburg verbarrikadirt. Erst als es vollends Nacht wurde, zerstreute sich allmälig die zu bedeutender Zahl (man spricht von mehreren Tausenden) angeschwollene Menge. In Folge einer telegraphischen Anzeige an die Statthalterei, so wie schleuniger Berichte an die zunächst liegenden Militärbehörden rückte am 21. d. aus Czaslau, Elbeteinitz 2c. Kavallerie ein, welche in der Stadt, so wie in den genannten Fabriken einquartirt wurde. Die tumultuösen Auftritte hatten am Pfingstmontage vom Vormittag bis spät in die Nacht gedauert. Manche Rufe, die dabei laut wurden, z. B.: my chceme lacinéjší chleba, lacinéjší pivo (wir wollen billigeres Brot, billigeres Bier), so wie der Umstand, daß es vorzugsweise Häuser vermöglicherer Leute waren, welche von den Exzedenten in erwähnter Weise heimgesucht wurden, gaben dem ganzen Auftritte ein eigenthümliches Kolorit. Die Zahl der eingeworfenen Fensterscheiben soll sich auf viele Tausende belaufen. Am 21. Morgens, schon nachdem das Militär eingerückt war, verbreitete sich das Gerücht, daß trotzdem eine Erneuerung der Exzesse beginnt, wodurch sich einzelne Familien veranlaßt sahen, Kuttenberg zu verlassen. Indessen scheint nichts Ernstlicheres weiter vorgefallen zu sein.

Wien, 26. Mai. [Die Pläne der ungarischen Agitationspartei.] Die „Ostdeutsche Post“ schreibt: „Wovor der hervorragendste Jurist, der gebildetste Akademiker, der gerühmteste Volkswirth Ungarns bisher zurückgeschreckt waren, das hat jetzt ein „hervorragender“ Dichter des Landes in ganz präziser Weise formulirt. Die magyarische Freiheit kann (gleich der Republik Rousseau's, die als Fundament bekanntlich des Institutes der Sklaverei bedurfte) nur auf den Trümmern der Konstitution der Länder diesseits der Leitha gedeihen: das ist das große Wort, welches der unsterbliche Jokai Moriz, und zwar nicht in seinem „Bolond Miska“ („Dummer Michel“, ein Witzblatt nach Art des „Figaro“), sondern von der Tribüne des ungarischen Unterhauses gelassen verkündet hat. Aufrichtig danken wir dem staatsmännischen Poeten für seine Offenheit, die wir schon mehrmals zu bewundern Gelegenheit gehabt; sie ist uns hundert Mal lieber als die Kralle, die sich zum Sammetpfötchen schmiegt. Uns Deutschen in Oestreich waren seit geraumer Zeit die Augen darüber aufgegangen, daß unsere Freiheit keinen gefährlicheren Gegner habe als die Suprematiegelüste Ungarns; es ist aber gut, daß das auch jenseits der Leitha, im Angesichte von ganz Europa zugestanden wird, indem eine hochgefeierte Persönlichkeit im Lager der Magyaren die Solidarität der ungarischen Sache mit derjenigen der östreichischen Kreuzzeitungsmänner laut proklamirt. „Die Auflösung des Wiener Reichsrathes ist das Ziel, das alle wahren Patrioten anstreben müssen!“ hat Herr Jokai dekretirt; und die Rede, welche dies Thema variirte, ist durch den Beifall des Hauses zu einer der wirksamsten gestempelt worden. Jokai ist entweder scharfblickender oder aufrichtiger als Deak, wenn er endlich gerade heraus bekennt, daß eine vollkommene Selbständigkeit Ungarns mit der Freiheit der übrigen Länder nicht bestehen könne. Der Reichsrath muß zerschlagen, es müssen die deutsch-slavischen Provinzen ihrer kaum erworbenen Rechte beraubt werden, damit die ungarischen Machtpläne sich ungehindert entfalten können. Jokai begreift, was diejenigen Wiener Blätter, welche die Blößen ihrer Magyaromanie mit liberalen Lappen zudecken möchten, sich selber gern verhehlen: auch ein unvollständiger, auch ein Reichsrath der nichtungarischen Länder würde den Prätensionen der Magyaren im Wege stehen. Immerhin freut es uns, daß der Eifer des Gefechtes ihn so weit hingerissen, um sein Ideal unverhüllt aufzudecken. Wir sehen von Neuem, daß die ungarische Bewegung nichts weniger als eine Trägerin der Freiheit im Allgemeinen ist. Es handelt sich bei ihr ausschließlich um eine Frage der Macht; und ihre Leiter sind klug genug zu begreifen, ihre Dichter schwach genug es einzugestehen, daß diese Machtfrage nur dann in einer den magyarischen Herrschertrieben genügenden Ausdehnung gelöst werden kann, wenn es gelingt, mit der Unterstützung der dupirten „Nationalen“ erst die deutsche und dann die slavische Freiheit in die gehörigen Grenzen zurückzuführen.“

— [Tagesnotizen.] Die Nachricht von Bauernunruhen in Kroatien (s. gestr. Z.) reduzirt sich auf einen thätlichen Konflikt der Bauern aus der Umgebung des Schlosses Ozail in der Nähe von Karlstadt mit mehreren Mitgliedern des Sängervereins der letztern Stadt, welche mit Fahnen und unter Gesang einen Ausflug nach Ozail gemacht hatten. Die gerichtliche Untersuchung des Vorfalls wurde eingeleitet. — Der französische bevollmächtigte Minister Sabatier ist am 24. d. auf dem Lloyddampfer „Erzherzogin Charlotte“ in Triest eingetroffen. — Der „Triester Zeitung“ wird aus Kairo vom 17. d. geschrieben: Der östreichische und der sardinische Vizekonsul in Chartum haben ihre Verbindung mit der dortigen Regierung abgebrochen und sind vor drei Tagen hier angekommen. Die Heuglin'sche Expedition sollte nächster Tage nach Abyssinien aufbrechen.

Baden. Karlsruhe, 25. Mai. [Ordensverleihung.] Der Großherzog hat dem Prinzen Wilhelm wegen der bei den Gefechten im Kaukasus bethätigten Tapferkeit das Ritterkreuz des Karl-Friedrich-Militär-Verdienst-Ordens verliehen. (Karlsr. Z.)

Großbritannien und Irland.

London, 24. Mai. [Die Kaperei im amerikanischen Bürgerkriege.] Von größtem Interesse für England und für alle europäischen Rheder, die mit Amerika in Verbindung stehen, ist die Frage, ob Schiffe, die von südlichen Kaperfahrzeugen aufgebracht werden, nur in einem dem Sonderbunde gehörigen Hafen durch ihre betreffenden Behörden kondemnirt werden können, oder auch in neutralen Häfen. In Bezug auf diesen vielbestrittenen Punkt schreibt hier F. Lehmann (von der Firma Naylor, Vickers und Co.) Folgendes an die „Times“: „Es scheint die Ansicht verbreitet zu sein, daß Kaperschiffe des Südens genöthigt sein werden, ihre Prisen nach irgend einem Hafen der abgefallenen Staaten, behufs legaler Kondemnirung zu führen, und daraus schließt man, daß, nachdem der Norden die Häfen des Südens sorgfältig blokiren will, die Kaperschiffe, selbst wenn es ihnen gelingen sollte, den blokirenden Fahrzeugen zu entkommen und in die offene See zu gelangen, doch nimmermehr ihre Prisen zurück nach einem der blokirten Häfen werden bringen können. Die ersten Rechtsautoritäten (es werden mehrere derselben angeführt) scheinen jedoch allesammt darüber einig zu sein, daß es den Kaperkapitänen freistehe, ihre Prisen nach einem neutralen Hafen zu führen, um sie dort durch Prisengerichte, die in der Heimath des Kapers errichtet sind, kondemniren zu lassen. Demnach könnte ein Kaperkapitän, der mit einem Kaperbriefe von Jefferson Davis versehen ist, seine Prise nach irgend einem beliebigen neutralen Hafen, nach Westindien, dem Stillen Ozean, nach England oder sonst wohin nach Europa schleppen, und sie dort durch ein in Charleston, New-Orleans oder Mobile sitzendes Prisengericht kondemniren lassen, ohne daß die betreffenden neutralen Gerichtshöfe dagegen remonstriren könnten.“

London, 25. Mai. [Tagesnotizen.] Der Geburtstag der Königin ward gestern wegen der Hoftrauer nicht festlich begangen. Vorgestern Nachmittags traf der Prinz von Wales von Cambridge aus in Osborne ein. — Der Kriegsminister, Lord Herbert, hat den Generalmajor Sir E. Lugard zum permanenten Untersekretär im Kriegsministerium ernannt. — Aus St. Johns (Newfoundland), 18. Mai, trifft die Nachricht ein, daß es dort bei Gelegenheit der Wahlen zu ernsten Ruhestörungen gekommen war. Drei Personen wurden erschossen, die Telegraphendrähte waren durchgeschnitten, jedoch später wiederhergestellt worden.

— [Die schleswig-holsteinsche Frage.] Die „Times“ meint, es sei jetzt endlich an der Zeit, die schleswig-holsteinsche Frage endgültig zu erledigen. Sie sagt, sie wolle nicht dem Argwohne Raum geben, daß Preußen die Entscheidung bis zum Winter, d. h. bis zu einer Zeit, wo eine Macht, deren Hauptstärke in ihrer Flotte bestehe, im Nachtheile sei, hinzuschleppen suchen werde. Jetzt, wo die Gefahr eines unmittelbaren Zusammenstoßes fürs Erste abgewandt ist, liege kein vernünftiger Grund vor, weshalb die Frage nicht auf schiedsrichterlichem Wege geschlichtet werden sollte, besonders, da England sich auf jede Weise bemühe, eine Versöhnung zu Stande zu bringen, und darin warm von Schweden und in diesem Falle auch von Rußland und Frankreich unterstützt werde.

Frankreich.

Paris, 25. Mai. [Tagesbericht.] Der gesetzgebende Körper hat gestern den Gesetzentwurf in Betreff der Einberufung von 100,000 Mann der Altersklasse dieses Jahres mit 230 gegen 7 Stimmen angenommen. Die Deputirten Picard und Marquis de Pierre machten sehr lebhafte Opposition, welche General Allard als Regierungskommissarius sehr ausführlich abzuwehren hatte. Es handelte sich vorzugsweise darum, daß 20,000 Mann zu viel eingezogen werden sollten; nach dem Friedensprogramm des Kaisers bedürfe Frankreich keiner vollen 100,000 Mann. Die Versammlung war indessen von dem Bedürfniß überzeugt, und die genannten Opponenten blieben mit den Herren Curé, Darimon, Jules Favre, Henon und Emile Ollivier bei der Abstimmung in der Minorität. — Durch kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage ist dem früheren Gesandten in Neapel, Baron Brenier, und dem Staatsrath Generalpostdirektor Stourm die Senatorenwürde verliehen worden. — Gestern hat der Kaiser das Schreiben empfangen, wodurch Dr. Gabriel Garcia Moreno ihm anzeigt, daß er zum Präsidenten der Republik Ecuador gewählt worden sei. — Der Untersuchungsrichter in der Mirès'schen Sache, Herr Daniel, wird am Montag, 27. d., seinen Bericht über diese Angelegenheit an die Staatsbehörde abgeben. Es soll sich Grund zu einer bedeutenden Klage gegen Herrn Mirès durch die Untersuchung ergeben haben. Man spricht von „Escroquerie, abus de confiance, detournement de titres und distribution de dividendes fictifs“. — Der Kaiser und die Kaiserin waren gestern in der großen Oper im Ballet Papillon. — Die Bohrversuche in Passy sind endlich geglückt. Nach sechsjähriger Arbeit hat man für den dortigen artesischen Brunnen die wasserhaltige Schicht erreicht. Man räumt das Bohrloch auf, damit das Wasser sich leichter Durchbruch verschaffen kann. Der Kaiser wollte am 26. Mai Nachmittags um 1 Uhr selber an Ort und Stelle kommen. Der Ingenieur, welcher die schwierige Arbeit glücklich zu Ende geführt hat, ist ein Deutscher, Herr Kind.

Italien.

Turin, 23. Mai. [Kammerverhandlungen.] In der Kammersitzung vom 18. d. vertheidigte der Abgeordnete Ricciardi seinen Gesetzesvorschlag, betreffend die Einziehung der geistlichen Güter, in folgender Weise: „Um Italien zu konstituiren, brauchen wir Waffen, Schiffe und Geld. Woher werden wir aber letzteres nehmen? Die 500 Millionen, welche wir bewilligen, werden für dieses Jahr ausreichen; was sollen wir aber das nächste Jahr thun? Ich eröffne Ihnen eine Goldmine (Gelächter), und beweise es Ihnen mit Zahlen.“ Hierauf entwirft er eine kurze Statistik aller Klöster, Bisthümer und religiösen Institute. „Ich schlage Ihnen vor, alle Güter der Bischöfe und Erzbischöfe einzuziehen, jedoch nicht ohne eine Geldentschädigung, um nicht die Grundsätze des Rechts zu verletzen. Ich schlage Ihnen vor, die Zahl der Bischöfe und Erzbischöfe zu vermindern, mit Beibehaltung der gegenwärtigen Diözesen bis zum Tode ihrer jetzigen Besitzer. Ich schlage Ihnen vor, den Erzbischöfen 12,000, den Bischöfen 10,000 Fr. jährlich verabfolgen zu lassen. Das scheint mir hinreichend zu sein; soviel haben sie auch in Frankreich. Was die Gehalte der Kanoniker 2c. betrifft, so sollen dieselben den Magistraten im Einvernehmen mit der Provinzialregierung überlassen werden. Ich schlage Ihnen die Aufhebung aller religiösen Orden, mit Ausnahme des Ordens der Benediktiner, vor, aus Anerkennung für das, was derselbe gethan. Neue Novizenaufnahme soll nicht mehr gestattet werden. Auch das Vermögen der Spitäler soll eingezogen werden, weil sie der Menschheit wenig Hülfe gewähren, da z. B. in Neapel, wo prächtige Spitäler sind, die armen Leute nicht davon Gebrauch machen wollen. Ich schlage Ihnen vor, alle diese Güter innerhalb zweier Monate zu versteigern; die Hälfte aber soll armen Familien zur Miethe überlassen werden. Mein ehrenwerther Freund Emerico Amari sagte einst, daß eine solche Maaßregel in Sicilien ungeeignet wäre, weil der sicilianische Klerus italienisch und liberal ist. Wenn er wirklich liberal ist, wird er einen solchen Beschluß mit Freude begrüßen, oder er ist heuchlerisch, dann verdient er den Namen liberal nicht. Als König Joachim Neapel verließ, war der dortige Zustand beneidenswerth; er hatte die Maaßregel durchgeführt, welche ich Ihnen vorschlage. Ueberdies gebe ich Ihnen zu bedenken, daß wir jetzt mit dem römischen Hof in Zwiespalt leben; morgen können wir uns versöhnen, und dann ist die Sache viel schwieriger durchzuführen. Wir sind exkommunizirt; wir stehen schon mit einem Fuß in der Hölle; steigen wir zum Wohle des Landes mit beiden hinein.“ (Gelächter und Zeichen der Mißbilligung.) — Hierauf bekämpft der Justizminister den Vorschlag aus politischen und religiösen Gründen, da die Zeit zu einer solchen Maaßregel noch nicht reif sei. Nach verschiedenen Reden für und wider wird endlich abgestimmt und der Gesetzvorschlag Ricciardi's durch Stimmenmehrheit abgelehnt.

— [Die Reorganisation der neapolitanischen Provinzen.] Graf Ponza di San Martino hat die eingehendsten Weisungen Minghetti's über alle Organisationsfragen mit nach Neapel genommen. Dem „Constitutionnel“ geht aus Turin ein Auszug aus dieser Note zu, woraus wir erfahren, daß vor allen Dingen im Neapolitanischen eine gute Provinzial- und Kommunalvertretung geschaffen, und zu diesem Zwecke nach dem Ratazzi'schen Wahlgesetze von 1858, das auf dem Prinzipe fast allgemeiner Stimmfähigkeit beruht, zur Wahl von Provinzial- und Gemeinderäthen geschritten werden soll. Nach erfolgten Wahlen soll unverzüglich die Einführung der Neugewählten geschehen. Die ministerielle Verhaltungsnote handelt sodann von der Nationalgarde, zu deren Hebung und Verbesserung General Cosenz als General-Inspektor bestellt ward; ihm werden Inspektoren folgen, damit das Institut so auf den Punkt gelange, daß es den Ausnahmezuständen, in denen sich das Land zur Zeit noch befindet, gewachsen ist. Der neue Statthalter soll aber auf die Verwaltungsbeamten ganz besonders sein Augenmerk richten, damit die Aemter möglichst vermindert, die Vielregiererei beseitigt und die Unmasse schlechter und unfähiger Beamten, die nur aus Gunst oder wegen politischer Gesinnung angestellt wurden, entlassen werden. Da die Regierung sich der „Verpflanzung der Beamten“ befleißigt, so ist der neue Statthalter beauftragt, möglichst bald Listen derjenigen Beamten einzureichen, die sich zur Versetzung in die mittel- und norditalienischen Provinzen eignen. Schließlich empfiehlt der Minister des Innern, streng auf Fleiß und Rechtschaffenheit der Beamten zu halten und unerbittlich jeden, der gegen diese zwei Grundbedingungen verstößt, abzusetzen; bei dem Richterstande ist auf Integrität zu halten, bei den Sicherheitsbehörden auf größere Raschheit; die Anzahl der Gendarmen soll vermehrt werden, vorläufig aber ist San Martino ermächtigt, in Nothfällen Soldaten zu reklamiren und sie zu Gendarmeriediensten zu verwenden.

Mailand, 23. Mai. [Tumult; Erklärung des erzbischöflichen Kapitels.] Die heutige „Perseveranza“ berichtet über die bereits gemeldeten Demonstrationen am 22. d.: Ein Haufe gemeinen Volkes überfiel die in der Viarenna gelegene Branntweinbrennerei, weil der daselbst zum Gebrauche bestimmte Getreidevorrath die Ursache der Brottheuerung wäre, zerstörte die Fabrik und hätte dieselbe auch in Brand gesteckt, wenn nicht Truppen und Nationalgarden eingeschritten wären. Die Ordnung wurde wiederhergestellt, doch kamen mehrere Verwundungen vor. — Die Mailänder Stadtbehörde macht bekannt, daß in Abwesenheit des Vikars sich das erzbischöfliche Kapitel am 22. Morgens versammelt und einstimmig entschieden habe, das Tedeum beim Nationalfeste in der Domkirche abzusingen; hierzu erklärte sich auch die ganze Mailänder Geistlichkeit bereit. Der Gouverneur von Mailand fordert auf, die Freiheit der Kirche durch keine Demonstration Seitens Andersdenkender zu beeinträchtigen.

Mailand, 24. Mai. [Verhaftungen.] Die heutige „Perseveranza“ schreibt: Die hiesige Polizei setzt ihre Arretirungen fort, um der aus der Haft Entsprungenen wieder habhaft zu werden; bei vielen Arretirten wurden Revolver und andere werthvolle Waffen gefunden. Die Zahl der in den letzten Tagen bis zum 22. Verhafteten beträgt 110 Personen. Der Gouverneur im Vereine mit dem Generalprokurator ordnete an, die Prüfung der Verhafteten sei Tag und Nacht ununterbrochen fortzusetzen.

Rom, 21. Mai. [König Franz; Beatifikation.] König Franz II. hat seine Villeggiatur in Albano aufgegeben und sich durch fünfhundert Scudi Abstandsgeld mit den Eigenthümern

des Palastes Feoli, der für ihn auf fünf Monate gemiethet war, abgefunden. Die letzten Gründe sind nicht bekannt; gewiß aber ist unter allen wohl der am wenigsten entscheidende dabei gewesen, daß die Einwohner Albano's sehr antibourbonisch gesinnt seien und ihm, wie man erfahren haben will, manche Kränkungen durch Demonstrationen zugedacht hätten. — Das Dekret über die Seligsprechung des Gründers der Kongregation der regulirten Chorherren „der Mutter Gottes" wird nächsten Sonntag publizirt werden. (K. Z.)

Rom, 22. Mai. [Die Agitation im Römischen und die Parteien im Neapolitanischen.] Der Graf Christen ist der Wachsamkeit der italienischen Polizei entgangen und wieder in Rom eingetroffen. Geheime encyklische Schreiben sind vom Vatikan abgesandt worden, um Agitationen im Klerus hervorzurufen. Die französische Polizei scheint die Anwerbungen zum Banditenthum zu überwachen. — Der „Allg. Ztg." wird geschrieben: „Die Anwerbungen in Albano werden mit Eifer fortbetrieben, und jedenfalls werden bald neue Unternehmungen, von dort ausgehend, den Sardiniern zu ihren vielen Verlegenheiten noch andere bereiten." Der Korrespondent der „Allg. Ztg." zweifelt gar nicht daran, daß die bourbonistische Reaktion mit der Zeit siegen werde; er fürchtet nur Eines, nämlich daß „Louis Napoleon dann durch französische Truppen die Ruhe in Neapel herstellen und durch eine neue Volksabstimmung der Welt die Sympathien der Neapolitaner für Murat beweisen lasse." Das möchte denn doch den Franzosen schwer werden, und schon deshalb werden sie den Versuch nicht machen wollen. Ueber den Muratismus im Neapolitanischen gehen der „Indépendance" Aufschlüsse zu, wonach derselbe in den Jahren 1856 und 1857, nach dem diplomatischen Bruche zwischen Ferdinand II. und den Westmächten, eine Partei, die sich damals „die französische Partei" nannte, für sich hatte, daß jedoch der Muratismus in demselben Momente allen Boden verlor, als den Neapolitanern, die den Sturz der Bourbonen wollten, ein Ausweg aus dem Dilemma: „entweder die Mazzinistische Republik oder den Muratismus!" durch die Einheitsbewegung eröffnet wurde, und es nur noch hieß: „entweder Murat oder Victor Emanuel!" Seitdem giebt es im ganzen Neapolitanischen keinen namhaften Mann mehr, der noch im Muratismus stecken geblieben ist, und die Frage steht ernstlich nur noch zwischen den Autonomisten, welche die Bourbonen reformiren und dann restauriren wollen, und zwischen den Unitariern, welche, die ungeheure Mehrzahl, Victor Emanuel, oder ein rühriges Häuflein, das sich jetzt zu reorganisiren sucht, die Republik des Giuseppe Mazzini wollen. Die Presse in Neapel beschäftigt sich gegenwärtig jedoch lebhaft nur allein mit der römischen Frage, und neue Flugschriften gegen die Weltlichkeit des Papstthums kommen täglich heraus. Die Gemeinderaths-Wahlen sind überall auf gemäßigt liberale Kandidaten gefallen, sogar in der Provinz Aquila, wo die Reaktion sich besonders stark fühlte und kein Mittel scheute, ihre Leute durchzusetzen.

Spanien.

Madrid, 24. Mai. [Reformen auf den Antillen.] Die „Correspondencia" zeigt an, die Regierung werde Verwaltungsreformen auf den spanischen Antillen vornehmen. Solche sind auch sehr nöthig.

Rußland und Polen.

Petersburg, 22. Mai. [Depesche in der syrischen Angelegenheit.] Das „Journal de St. Petersb." enthält heute in seinem amtlichen Theile folgende (telegraphisch schon angekündigte) Depesche, welche Fürst Gortschakoff in der syrischen Angelegenheit an den russischen Gesandten in Paris gerichtet hat:

„An Se. Exzellenz den Herrn Grafen Kisseleff zu Paris. St. Petersburg, den 2. (14.) Mai 1861. Je mehr der zur Räumung Syriens bestimmte Termin seinem Ablauf sich nähert, um so weniger können wir uns erwehren, dieses Ereigniß mit lebhafter Besorgniß zu betrachten. Ew. Exzellenz sind berufen gewesen, bei der letzten Pariser Konferenz der Ueberzeugung Sr. Majestät des Kaisers Ausdruck zu geben, daß das vorzeitige Aufhören der Besetzung, bevor eine definitive Regelung und die Einsetzung einer geordneten Macht an die Stelle des Schutzes getreten wäre, welchen gegenwärtig die Anwesenheit europäischer Truppen den Christen gewährt, Unglücksfälle herbeiführen dürfte, denen vorzubeugen die Großmächte im Interesse der Humanität und ihrer eigenen Würde ernstlich verpflichtet seien. Wir konstatiren mit Bedauern, daß keine der seitdem vorgekommenen Thatsachen und keine der uns zugekommenen Nachrichten geeignet ist, diese Befürchtungen zu zerstreuen; wir sehen sie sogar getheilt von den in Syrien ansässigen Fremden aller Länder, deren Interessen, ja deren Leben gefährdet erscheinen, und die ihre übereinstimmenden Gefühle und Wünsche in einer Petition voll dringlichster Worte den Großmächten Europa's vorgestellt haben. Sie wollen, Herr Graf, über diesen Gegenstand mit den Vertretern der Kabinette, welche an den letzten Berathungen Theil genommen haben, sich besprechen. Wir würden einer Pflicht nicht zu genügen glauben, wollten wir nicht ihre Aufmerksamkeit auf die Gefahren richten, welche aus einer Zurückziehung der Besatzung entstehen könnten, wenn diese vollständig an einem bestimmten Termine stattfände ohne Rücksicht auf die gefährliche Lage, in welcher Syrien dadurch belassen werden könnte, und ohne daß man noch irgend eine der vorläufigen Bedingungen erfüllt hätte, welche nach unserer Meinung dazu geeignet wären, die Bürgschaften zu ersetzen, von denen die christliche Bevölkerung durch die Entfernung der Truppen, die von Europa zu ihrem Schutze entsendet waren, sich plötzlich entblößt sehen würde. In solchem Falle würde uns für unsern Theil nichts übrig bleiben, als, wie wir es schon gethan, die ganze Verantwortlichkeit für das Resultat eines Entschlusses, dessen Folgen wir vorausgesehen und bezeichnet hätten, förmlich von uns abzulehnen. Eure Exzellenz werden auf Befehl unseres erhabenen Herrn ersucht, hierüber keinen Zweifel bei Ihren Kollegen obwalten zu lassen. Empfangen Sie u. s. w. (gez.) Gortschakoff."

Ⓟ Aus dem Königreich Polen, 26. Mai. [Bauernunruhen.] In Radziejewo hatten die zum dortigen Gutsverbande gehörenden Bauern beschlossen, am ersten Pfingstfeiertage in pleno auf das Schloß zu ziehen und ihren Herrn zu zwingen, ihnen durch eine Urkunde die von ihnen gegenwärtig besessenen Wirthschaften unentgeltlich als ewiges Eigenthum zu überlassen. Durch einen aus ihrer Mitte, welcher früher Kutscher bei dem Herrn gewesen und manches Gute von diesem empfangen haben soll, wurde der Anschlag dem Herrn kund, der dann auch nicht säumte, die Sache zur Anzeige zu bringen und Hülfsmannschaften aus der Kreisstadt zu erbitten. Demzufolge langte ein Kommando Kosaken am ersten Festtage an Ort und Stelle im selben Moment an, als die Bauern, größtentheils mit dicken Stöcken bewehrt, auf dem Hofe eingezogen waren. Nachdem acht als Rädelsführer Ermittelte gefangen genommen waren, entfernten sich die Uebrigen ruhig in ihre Wohnungen. Die Gefängnisse in den meisten Kreisstädten beherbergen gefangene Bauern und täglich werden neue Gefangene aus den renitenten Ortschaften eingebracht. — In einem Dorfe des Wlockaweker Kreises, von wo fünf Mann in das Kreisgefängniß abgeführt wurden, folgten von dreien derselben die Frauen mit den Kindern bis in die Kreisstadt und verlangten zu ihren Männern eingesperrt zu werden.

Schweden und Norwegen.

Tromsö (in Finnmarken), 8. Mai. [Expedition nach Spitzbergen.] Heute wurden die zwei Schiffe der schwedischen Spitzbergen-Expedition aus unserem Hafen hinausbugsirt. Es sind der Schooner „Aeolus", kommandirt vom schwedischen Marinelieutenant Lilliehöök, und die Sloop „Magdalena", kommandirt von dem Kapitän Kuylenstjerna. Auf ersterem Schiffe befinden sich: die Herren Torell (Zoolog und Leiter der Expedition), Professor Nordenskjöld (Mineralog), Chydenius (Physiker), Malmgren (Botaniker), der Grönlandsfahrer Petersen, bekannt durch seine Theilnahme an Kane's Polarreise, und 17 Mann Besatzung; auf dem zweiten Schiffe: die Herren Blomstrand (Chemiker und Mineralog, Dunér (Astronom), Goës (Botaniker), Smitt (Zoolog), v. Yhlen (Zoolog) und 12 Mann Besatzung. Bei der Ankunft auf Spitzbergen soll Herr v. Yhlen auf den „Aeolus" übersiedeln. Die vielbesprochene Eisbootfahrt nach dem Nordpol wird von den Herren Torell, Nordenskjöld und Petersen ausgeführt werden. (K. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 18. Mai. [Telegr. Notizen.] Mehmed Efendi begiebt sich, nach telegraphischen Mittheilungen der östreichischen Blätter, zu Fuad Pascha mit geänderten Urtheilen über die Drusenchefs. — An der hiesigen Börse finden starke Schwankungen der Kurse statt. Der Kurs des Pfund Sterling ist in Folge ungegründeter Gerüchte auf 171 Piaster gefallen. Die Ausgabe von Privatbons wurde verboten. — Aus Smyrna wird gemeldet, daß russische Agenten 500 Tatarenfamilien zur Rückkehr nach der Krimm bewogen haben.

Beyrut, 15. Mai. [Petition; türkische Truppen.] General Beaufort d'Hautpoul hat 12,000 Unterschriften von Christen für eine Petition um Ernennung eines Mitgliedes der Scheabfamilie zum Gouverneur des Libanon erlangt. Auch bei hundert Drusen haben mit unterzeichnet. — Türkische Truppen, Infanterie und Kavallerie sind angekommen und lagern auf dem Wege nach Damaskus. (Wien. Bl.)

Asien.

— [Die neueste Ueberlandpost] ist am 24. zu Triest eingetroffen. Dieselbe enthält Nachrichten aus Bombay vom 27., Kalkutta 22., Singapore 22., Hongkong 14., Kanton 13. und Schanghai 7. April. Die Dekrete wegen Verschmelzung der ostindischen Armee mit der englischen wurden publizirt; vierzehn einheimische Regimenter wurden aufgelöst. — Der französische Flottenkommandant in den chinesischen Gewässern erklärte die ganze Küste von Kochinchina mit Ausnahme des Saigonflusses in Blokadestand. Die äußeren Forts von Mitho sind bereits genommen. — Auf der Insel Mauritius herrschte ein heftiger Orkan. — Admiral Hope ist von Dankow nach Schanghai zurückgekehrt. — In Nanking wurde mit den Rebellen ein Vertrag wegen freier Flußschifffahrt geschlossen. — Der englische und französische Gesandte sind in Peking angekommen. — Die preußische Gesandtschaft sollte nächstens auf der „Arcona" von Schanghai nach dem Norden gehen; die „Thetis" ist nach Hongkong gefahren. — In Japan herrscht Ruhe.

Amerika.

Newyork, 8. Mai. [Rüstungen; die Kaperei.] Vom Kriegsministerium in Washington ist den Gouverneurs, welche auf Anlaß der ersten Proklamation des Präsidenten das Truppenkontingent ihrer Staaten bereits aufgeboten haben, zur Anzeige gebracht worden, daß es wünschenswerth sei, diejenigen Milizen, die nicht schon abmarschirt sind, sogleich zu dreijährigem Dienst in Gemäßheit der zweiten Proklamation des Präsidenten zu verpflichten. Das 1. Milizregiment von Massachussetts, welches Marschordre erwartete, hat sich darauf sofort zu dreijährigem Dienst verpflichtet. Das Dampfschiff „Atlantic" ist von dem Kriegsministerium für 350,000 D. zum Transportdienste angekauft worden. In der Tredegargießerei herrscht die größte Thätigkeit. Es werden wöchentlich drei große Kolumbiaden und sechs kleinere Geschütze gegossen. Andere Gießereien sind mit dem Gießen von Voll- und Hohlkugeln aufs Thätigste beschäftigt. — Das mit einer Ladung von hier nach Neworleans bestimmte Schiff „Daniel Webster" ist an der Mündung des Mississippi umgekehrt und nach Newyork zurückgekommen und kaum der Kaptur entgangen. Der Kapitän hat in Erfahrung gebracht, daß in Neworleans umfassende Anstalten getroffen werden, um die Kaperei ins Werk zu setzen, und daß sich zu dem Behufe eine Aktiengesellschaft mit angeblich 6 Millionen Dollars Kapital gebildet habe.

Newyork, 11. Mai. [Der nordamerikanische Bürgerkrieg.] Die Virginier haben die Höhen auf dem zu Maryland gehörigen Ufer des Flusses Potomac besetzt und sind damit beschäftigt, dieselben zu befestigen. — Einem Privatbriefe zufolge sind die zu Harper's Ferry stehenden Truppen des südlichen Bundes schlecht mit Waffen und Proviant versehen. Der Kongreß zu Montgomery trifft, wie man hört, in geheimer Sitzung, Anstalten, den Krieg mit Nachdruck zu führen und den Bund in den besten Vertheidigungsstand zu setzen. Dem Vernehmen nach hat er genug Geschütz 2c. zur Verfügung, um mit 150,000 Mann für einen einjährigen Feldzug ins Feld zu rücken. — In der Legislatur von Pennsylvanien ist eine Bill zur Aufnahme einer Anleihe von 4 Mill. Dollars und zur Stellung von noch 15 Regimentern mehr, als der Präsident verlangt hat, durchgegangen. — Der Dampfer „Pembroke" ist von Boston mit Verstärkungen nach Fort Monroe (bei Norfolk im Süden Virginiens an der Chesapeake-Bai) abgegangen. — Alle Brücken zwischen Baltimore und Washington sind, mit Ausnahme einer einzigen, wiederhergestellt. — Mehr als 400 Schiffe der Fischerflotte sind bei Father Point vorbeigekommen. — Der „Great Eastern" liegt jetzt vor unserer Stadt. Die Regierung hat Unterhandlungen angeknüpft, um ihn als Transportschiff zu verwenden. — Die 800 Mann starke, unter dem General Frost stehende Milizbrigade aus Missouri ist nahe bei St. Louis von Freiwilligen der Vereinigten Staaten gefangen genommen worden. Bei der Ankunft in St. Louis warf der Pöbel mit Steinen nach den Freiwilligen, worauf diese feuerten und etwa 20 Menschen tödteten. Die Passage durch Baltimore ist jetzt frei. Man nimmt an, daß 300,000 Freiwillige der Regierung der Vereinigten Staaten ihre Dienste angeboten haben. — Truppen der Vereinigten Staaten marschiren gegen Baltimore und ein bedeutendes Korps von Sonderbündlern rückt aus Virginien vor. Senator Wigfall spricht von 100,000 Mann Truppen des Südens, die sich auf dem Wege nach Washington befänden, und meint, Präsident Lincoln und sein Kabinet würden vor Mitte des Monats Juni gefangen genommen sein, wofern sie nicht rechtzeitig den Rückzug anträten. Der Gouverneur von Kentucky hat einen Konvent des Staates einberufen, damit derselbe sich für oder gegen die Union erkläre. Ein Konvent von West-Virginien ist einberufen worden, um sich entweder für die Bildung eines besondern Staates, oder für die Union zu entscheiden. — Der „Newyork Herald" schreibt: „Die gestern über Neworleans eingetroffenen Nachrichten aus Texas sind sehr aufregender Art. General Van Dorn, ein dem Sonderbund angehöriger Führer, verließ Victoria am 6. d., um 600 Mann Bundestruppen unter Befehl des Obersten Reeve oberhalb San Antonio aufzuheben. Die von Kapitän Lee befehligte Kompagnie des 8. Infanterieregiments ergab sich den Rebellen an dem erwähnten Punkte, und Oberst Waite, der Nachfolger des Generals Twiggs, befand sich als Kriegsgefangener in ihren Händen."

Vom Landtage.

Herrenhaus.

Berlin, 27. Mai. [30. Sitzung.] Im Herrenhause wurden heute die Gesetze über die Kompetenz der Bergämter, wegen Rückvergütung auf ausgeführten Rübenzucker aus dem Zollverein, wegen Errichtung von Depositenkassen im Kölner Appellationsgerichtsbezirk, so wie wegen gewerblicher Anlagen angenommen und einige Petitionsberichte nach den Kommissionsanträgen erledigt. Nächste Sitzung unbestimmt.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 27. Mai. [57. Sitzung.] Nach geschäftlichen Mittheilungen nimmt zur Begründung seiner Interpellation das Wort der Abg. Senff. Er beginnt mit dem Verlesen des Amnestieerlasses und stellt denselben dem bekannten Gesetze gegenüber. Funfzig verschiedene deutsche Flüchtlinge haben von der Gnade Gebrauch gemacht; sie haben geglaubt, als Preußen zurückkehren zu können; es ist ihnen aber eröffnet worden, daß sie die Eigenschaft als Preußen nach jenem Gesetze verloren haben. Was den ersten Punkt der Interpellation betrifft, so zeigt der Wortlaut des Amnestieerlasses selbst, daß mit der Erlaubniß zur Rückkehr nach Preußen der frühere Zustand gemeint gewesen ist; man braucht nur die hier in Betracht kommenden Gesetze zu lesen; die Ausübung aller der Rechte in jenen Gesetzen ist von der Eigenschaft als Preußen abhängig. Hier hat man es aber nicht mit einem Rechtsstreit, sondern mit einem königlichen Gnadenwort zu thun. (Die linke Seite des Hauses folgt den Ausführungen des Abg. Senff mit geringem Interesse; die Unterhaltungen sind so laut, daß der Redner nach und nach auf der Journalistentribüne unverständlich wird.)

Der Justizminister v. Bernuth: Die erste in der Interpellation gestellte Frage (ob die Begnadigten, wenn sie sich länger als 10 Jahre im Auslande aufgehalten haben, die Eigenschaft als Preuße verloren haben) wird von der königlichen Staatsregierung bejaht. Die Frage knüpft an die Bestimmung unter Nr. I. des Allerhöchsten Gnadenerlasses; diese Bestimmung geht dahin, daß in den dort bezeichneten Fällen die rechtskräftig erkannten Strafen und die Untersuchungskosten erlassen, die bürgerlichen Ehrenrechte wieder verliehen werden und die Polizeiaufsicht wegfallen soll. Die Interpellation faßt dabei solche Fälle ins Auge, wo Personen, die an sich unter die Amnestie fallen, 10 Jahre und länger im Auslande sich aufgehalten haben. Im Hinblick auf den §. 15 Nr. 3 und §. 22 des Gesetzes vom 31. Dez. 1842, wonach derjenige, welcher ohne Erlaubniß die preußischen Staaten verläßt und nicht binnen 10 Jahren zurückkehrt, die Eigenschaft als Preuße verliert, wird gefragt: ob in dem vorausgesetzten Falle die begnadigten Personen ihrer Eigenschaft als Preußen verlustig bleiben? Die Bejahung dieser Frage ergiebt sich aus der Erwähnung, daß der Amnestie-Erlaß sich nur die Aufgabe gestellt hat und stellen konnte, diejenigen Nachtheile, welche in dem ergangenen Erkenntniß ihre Quelle haben, abzuwenden. Was den Charakter der Strafe hat, fällt in den Bereich der Allerhöchsten Amnestie. Der Verlust der Eigenschaft als Preuße auf Grund zehnjähriger Abwesenheit gehört aber einem ganz anderen Gebiete an, nicht dem des Strafrechts, sondern des Staatsrechts, des Heimathsrechts. Es ist nicht Folge der richterlichen Verurtheilung, vielmehr entspringt es einem außerhalb des gerichtlichen Strafurtheils liegenden Umstande. Der Herr Redner ist in seinem heutigen Vortrage auch auf die Nr. III. des Amnestie-Erlasses eingegangen, auf welche die Interpellation nach der Fassung, in welcher sie gedruckt vorliegt, sich nicht mit zu erstrecken schien. Die Nr. III. betrifft diejenigen Personen, welche sich der Untersuchung oder der rechtskräftigen Aburtelung durch die Flucht entzogen haben. Es gestattet dieselbe die ungehinderte Rückkehr und bestimmt, daß wenn sie nach der Rückkehr verurtheilt werden sollten, von Amtswegen durch den Justizminister Gnadenanträge zu stellen. Daraus ist innerhalb des Justizressorts die Folgerung gezogen, daß von der Verhaftung dieser Flüchtlinge, wenn sie zurückkehren, Abstand zu nehmen und die etwa gegen sie erlassenen Steckbriefe zurückzunehmen sind. Dagegen folgt aus der in Rede stehenden Allerhöchsten Bestimmung nicht, daß in Betreff des Staatsbürgerrechts der Flüchtlinge, welche seit 10 oder mehr Jahren abwesend gewesen, ein Unterschied eintrete, je nachdem gegen dieselben bei Erlaß der Amnestie bereits eine rechtskräftige Verurtheilung erfolgt war oder nicht. Wer also des preußischen Staatsbürgerrechts verlustig geworden und dasselbe auch der Amnestie ungeachtet verlustig geblieben ist, kann (und dies führt zu dem zweiten Punkte der Interpellation), dasselbe nur nach den allgemeinen gesetzlichen Vorschriften wieder erlangen. In dieser Hinsicht stellt bekanntlich der §. 7 des Gesetzes als Bedingung u. A. einen unbescholtenen Lebenswandel auf. Mit Rücksicht hierauf fragt die Interpellation: ob die Staatsregierung die amnestirten Verbrechen und Vergehen für einen Anlaß erachte, dem Begnadigten das von ihm nachgesuchte preußische Indigenat aus dem Grunde bescholtenen Lebenswandels zu versagen? Die Staatsregierung erwidert hierauf, wie sie der Ansicht ist, daß eine Bescholtenheit bloß um deswillen, weil der um Wiederaufnahme Nachsuchende eine durch den Allerhöchsten Gnadenerlaß verziehene strafbare Handlung begangen hat, nicht anzunehmen ist. (Bravo.) Selbstredend wird aber jedes Aufnahmegesuch im Uebrigen derjenigen Prüfung unterworfen werden müssen, welche durch die bestehenden allgemeinen Vorschriften bedingt wird.

Das Haus nimmt sodann in Gesammtabstimmung den Entwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen, an und setzt darauf die Debatte über das Budget des Marineministeriums fort. — Abg. Harkort spricht sich über den Jadebusen und den Hafen am Jasmunder Bodden aus; auch über die Besetzung der Stelle eines Kontreadmirals, über den Mangel an richtiger Oekonomie; man gebe zu wenig für Uebungen aus; von den 40 Kadetten ist noch nicht einer aus Preußen gekommen; man möge den Primanern des Instituts Geld geben zur Reise nach England, Frankreich und Amerika. Die „Grille" ist ein unnützes Spielzeug, denn sie kann die 3 Kanonen nicht tragen. Wir haben 7 Kadetten auf der englischen Flotte gehabt, die haben 18,000 Thlr. Zulage erhalten, das ist zu hoch. Die Schiffe, die jetz langsamer gebaut werden sollen, sind noch gar nicht angefangen. Was haben wir seit zwei Jahren mit unseren Anlagen gearbeitet: 2 Kanonenboote und ein Lichterfahrzeug. Der Herr Kriegsminister hat ein großes Organisationstalent; mag er dazwischen greifen. — Der Kriegs- und Marineminister: Bis zu weiterer Information muß ich dem Tadel für unbegründet erachten. Uebungsreisen fehlen den Mannschaften und Offizieren, es handelt sich aber nicht um Spazierfahrten in der Ostsee, sondern über die Kräfte hinaus hat die Marine Alles gethan, um Erfahrungen zu sammeln. Die „Grille" ist kein unnützes Spielzeug, die „Gazelle" wird am 3. August auslaufen; es sind 4 Kanonenboote gebaut. Die Danziger Etablissements sind mangelhaft, der Bau der „Hertha" und „Vineta" sollen beschleunigt werden; 20 Kadetten sind der ostasiatischen Expedition gefolgt und werden mit hübschen Erfahrungen nach Hause kommen.

Der Regierungskommissar hebt die Nothwendigkeit der Stelle eines Kontreadmirals hervor; die Nichtbesetzung sei nur vorübergehend. — Abg. Harkort: Wir brauchen keinen Vizeadmiral. — Der Regierungskommissar hält die Gründe des Abg. Harkort nicht für maaßgebend. — Abg. Behrend (Danzig): Für dieses Jahr wird ein Kontreadmiral nicht ernannt werden, es ist also budgetmäßig, das Geld nicht zu bewilligen. — Der Marineminister: Woher weiß der Vorredner, daß die Stelle dies Jahr nicht besetzt wird? Wo bleibt das Geld, wenn sie nicht besetzt wird? Es fließt in die allgemeine Staatskasse, geht also nicht verloren. Die Regierung besteht darauf, daß die Position auf dem Etat bleibe. — Nach Schluß der Diskussion wird der Antrag der Kommission auf Absetzung der Position angenommen. — Abg. v. Vincke stimmt für die Regierung. — Der Kriegsminister billigt den Antrag, daß das Seekadetteninstitut von Berlin nach einem Seehafen verlegt

werde; auf einem Schiffe lernen allerdings die Kadetten mehr, als in einem Hause. Man wird den Zweck durch Beschaffung einer leichten Fregatte erreichen, wo die Kadetten wohnen und ihre Hörsäle haben; im Winter wird der Unterricht in einem Seehafen statthaben. Das ist das Ziel der Regierung; es ist aber zweifelhaft, ob dasselbe jetzt erreicht werden kann; Danzig ist 1 Meile vom Strande, Stettin ist kein Seehafen; das Kadettenhaus nach einem Kriegshafen zu bringen, ist nicht möglich, weil wir uns da noch in den ersten Anfängen befinden. Ich habe das Kadettenhaus nicht nach Berlin gebracht; da es aber einmal hier ist, wird man es vorläufig hier lassen müssen. Zweckmäßig ist im allgemeinen der Antrag der Kommission. — Die anderen Anträge werden ohne Diskussion angenommen. — Zu den Petitionen nimmt das Wort Abg. v. Rönne: Es handelt sich nicht bloß um den Schutz der Ostsee, sondern auch um den der Nordsee; die Gründung einer deutschen Flotte ist nicht möglich, so lange Deutschland nicht einig ist; es handelt sich um eine Flotte, welche der dänischen gewachsen ist; das ist nicht schwer, wenn man nur die rechten Mittel anwendet: Das rechte Mittel ist das Umsehen nach Alliirten. In ganz Deutschland ist das Bestreben nach einer Flotte. — Der Kriegsminister konstatirt, daß die Regierung von diesem Bestreben mit Vergnügen Kenntniß genommen hat.

Es folgt der Bericht über den Militäretat. Die Generaldiskussion soll sich auf beide Berichte erstrecken; es ist ein Antrag der Abgg. v. Vincke und Delius eingegangen, wonach alle Beschlüsse nur vorläufig angenommen werden sollen. Ueber den einzuhaltenden Gang der Berathungen finden vor dem Eintritt in die Generaldiskussion Erörterungen zwischen den Abgg. v. Vincke, Kühne (Berlin), dem Präsidenten des Hauses und Reichensperger (Geldern) statt. Der Vincke'sche Antrag wird angenommen. — Der Finanzminister: Der Bericht geht davon aus, daß, da der vorjährige Beschluß einstweilig gewesen, die Regierung diesmal das Budget nicht in den Etat aufnehmen konnte. Ich will diesen so ausgesprochenen Tadel entkräften und den Vorwurf ablehnen. — Gegen die Anträge der Kommission melden sich mehr als zwölf Redner, darunter die Abgg. Reichensperger (Geldern), v. Hoverbeck, v. Berg, Graf Oriolla, Dr. Waldeck, Blanckenburg, Osterrath, Schulze (Berlin), v. Tettau; dafür: Ammon, Gen. v. Brandt. — Abg. Reichensperger (Geldern): Die Nothwendigkeit der Reorganisation des Heeres ist allgemein anerkannt. Die Destination des Geldes für die verstärkte Armee wird stets dieselbe sein, ob man dasselbe heute extraordinär oder ordinär bewilligt, ob auf ein Jahr oder dauernd; die Ausgaben für die neuen Regimenter bleiben dieselben. Wollen wir den Zweck erreichen, alle waffenfähigen Männer unter die Regimenter zu stecken, so müssen diese Regimenter dauernd da sein; das Land muß ein- wie allemal dasselbe Opfer bringen. Die Bewilligungen im Extraordinarium sind nur einmalige, wenn es sich aber darum handelt, ein sogenanntes Extraordinarium zu bewilligen, wie heute, so muß man sich dagegen erklären, wenngleich anerkannt werden kann, daß es leichter ist, in einem Extraordinarium Positionen abzusetzen. Es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Feststellung des Etats zum 1. Januar zu bewerkstelligen, wie dies der Art. 99 der Verfassungsurkunde fordert; nun kann wohl ein Ordinarium forterhoben und fortgeleistet werden, bis das Budget bewilligt ist, nicht aber ein Extraordinarium; das ist aber wichtig für die Frage, ob die Militärausgaben als Ordinarium oder als Extraordinarium bewilligt werden sollen, ja entscheidend dafür, daß das, was bewilligt werden soll, auch als Ordinarium bewilligt werde. Es soll eine absolute, moralische Stärkung des Staates erreicht worden; droht uns ein Krieg, so droht er uns mit der ersten Militärmacht Europa's; da wird der Kriegsminister weniger thun, als der Minister der auswärtigen Angelegenheiten. Nur durch feste Bündnisse mit Staaten, die gleiche Interessen vertreten, können wir siegen; allein werden wir den Kampf männlich durchkämpfen, aber das Resultat ist zweifelhaft. Diese Bündnisse müssen wir jetzt suchen, jetzt, und nicht warten, bis es dem Feinde gefällt, uns zu drohen. Das Bündniß mit dem einheitlichen Italien ist unmöglich, man müßte erst Oestreich zwingen, Venetien herauszugeben; Rußland hat mit sich selbst zu thun. England betreffend, halte ich daran fest, daß es unser Bundesgenosse sein muß und sein wird, aber nur unter der Bedingung, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten in der Adreßdebatte angegeben hat. Die beiden deutschen Mächte müssen gleichen Strang ziehen, sonst neutralisiren sie sich. Dem beiderseitigen Vergessen der deutschen Großmächte im Jahre 1859 verdanken wir manches Unheil der jetzigen Tage, während in jenem Jahre Deutschland hätte groß werden können. Die rechte Politik ist die groß-deutsche; denn Deutschland ist eine Macht, eine Nation; um dem westlichen Nachbar entgegentreten zu können, muß Preußen mit Oestreich zusammengehen; wie das möglich, ist schwierig zu beantworten; weiß man aber erst, wodurch es nicht geschehen kann, dann ist eine Schwierigkeit beseitigt; es kann nicht geschehen auf dem Wege eines Deutschlands vom Jahre 1849. Nichts Beschämenderes giebt es, als den Bundestag immer als etwas zu Verabscheuendes hinzustellen, da er doch de jure (Widersprechen rechts) und de facto besteht. Die Zeit wird kommen, wo die Wünsche des deutschen Volkes zur Geltung kommen; die berechtigte Strömung im deutschen Volke kann, richtig geleitet, eine segensreiche werden; sie kann aber auch Alles umwerfen und zerstören. Richtig geleitet, wird der Ruf nach dem deutschen Parlament berechtigt sein. Möge das Wort Rückerts nicht mehr wahr sein.

Abg. v. Ammon für die Anträge der Kommission. Obgleich im Widerspruch mit der Regierung, weiß ich mich von Gehässigkeit frei und halte mich für einen eben so guten Patrioten, als jeder Andere. Wenn wir jetzt die Kraft des Volkes absorbiren, dann haben wir im Kriege kein Geld; 17 Mill. können nicht, was 36 Mill. können. Im äußersten Falle wird Jeder Alles opfern; die Hauptrolle fällt der diplomatischen Aktion zu, der Einigung Deutschlands. Stärkung der Freiheit und Vaterlandsliebe sind die Mittel, welche die Regierung anwenden muß. Was nützt eine schöne Armee, wenn sie nach Olmütz und Bronzell führt. Der Handel krankt, ein Budget von 140 Mill. lastet auf dem Lande; ist das Land in solchem Nothstande, dann müssen Vorsichtsmaaßregeln gerechtfertigt erscheinen; man darf die Opfer nicht bloß von den Steuerzahlenden, sondern von den Gehalten verlangen: Die hohen Gehalte von 12,000 Thlrn., 6000 Thlrn., 5000 Thlrn. können geschmälert werden, von den 500 Majoren hat jeder mehr als irgend je ein Rath bei einer Regierung erhalten kann. An diese Gehalte kann man die bessernde Hand legen. Will ein Zivilbeamter pensionirt werden, so ist kein Geld da; beim Militär ist Alles auf das Beste besorgt. Das Geld ist da, die Stelle wird wieder besetzt, die Pensionirung ist leicht zu erlangen. Auch der unnütze Schmuck der Uniformen kann vermieden werden, jeder Knopf kostet Tausende; die Zahl der Garden ist zu groß; und beklagenswerth ist der Zustand des Militärs als exklusiver Sonderstand; dieser Zustand wird befördert durch die Bevorzugung des Adels u. s. w. Unser esprit de corps ist der Ruf: Mit Gott, für König und Vaterland, dem folgt jeder Preuße, nicht allein der Soldat. Der Redner geht dann auf das Verhältniß der Landwehr und Landwehroffiziere, der Letzteren Zurücksetzung im Jahre 1859 über; erschallt der Ruf, sie werden doch kommen. Man sagt, die Heeresorganisation ist Sache des obersten Kriegsherrn, und die Landesvertretung hat Nichts darin zu sagen. Richtig; aber die Landesvertretung hat die Pflicht, zu sorgen, daß die Steuerkraft nicht zu sehr angespannt werde. Ich werde darum für jede Ersparniß und für die nur einstweilige Bewilligung der Summen stimmen. (Bravo!) — Abg. v. Hoverbeck ist der Ansicht des Vorredners, kommt aber zu anderen Konsequenzen, die ihren Ausdruck in veränderter Abstimmung finden werden. Ueber die Kosten der neuen Armeereorganisation sind verschiedene Angaben; ich vermisse in den Aufstellungen verschiedene Posititionen: den Umbau unserer Festungen, die Vertheidigung der Küsten, die Errichtung von 6 neuen Kavallerieregimentern; wir werden die Löhnung des Soldaten erhöhen müssen, denn mit der heutigen hungert er, um 1 Sgr. täglich, macht für die Armee von 120,000 Mann 1½ Mill. Thlr.; wir müssen den Servis reformiren. Um alle diese Posten wird sich später das Armeebudget erhöhen, und die Folge davon ist die finanzielle Zerrüttung; wir zahlen jetzt schon Kriegssteuern, wir werden den Staatsschatz leeren, also für das Militär Anleihen machen; abgesehen davon, daß dem Lande 50,000 Arbeiter entzogen werden. Ich wünsche, daß die erhöhte Rekrutirung ausgeführt werde, aber die Regierung muß die zweijährige Dienstzeit einführen; die Regierung wird diese Bedingung nicht acceptiren. Aber das Verfahren der Regierung, daß wir uns einer vollendeten Thatsache jetzt gegenüber befinden sollen, ist nicht legal, noch viel weniger loyal, es wird derselben in der vorigen Session zu einstweiligem Bedarfe 9,000,000 Thlr. bewilligt und jetzt macht sie, ohne Gesetz, ein Definitivum daraus. Eine provisorische Bewilligung ist einem Extraordinarium vorzuziehen. Man wird uns Vorwürfe machen von Opposition, faktiösen Tendenzen, ja Hochverrath. Ich glaube nie patriotischer gewesen zu sein, als mit meinem heutigen Nein, mit welchem, von der Majorität acceptirt, der Regierung Zeit gegeben würde, bis zum 1. Juli einen Entwurf, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit betreffend, vorzulegen. Nimmt das Haus diesen Entwurf an, so wird es damit viele Unterlassungssünden gut machen. (Bravo! Oh!) — Der Präsident: Der Herr Redner geht mit diesem Ausdruck zu weit.

Abg. v. Berg: Aus den Worten des Finanzministers im vorigen Jahre geht klar hervor, daß die Regierung sich entschieden dagegen verwahrte, als könnte der jetzige Zustand wieder rückgängig gemacht werden. Auch ich habe eine solche Einstweiligkeit nicht gemeint. Als die Regierung davon ausging, mit Rücksicht auf die politische Lage sich mehr zu rüsten, hat sie die Streitkräfte anderer Länder nicht ins Auge gefaßt. Einen Krieg haben wir zu erwarten: Frankreich ändert die Organisation und den Bestand der Armee, England trotz aller Freundschaftsversicherungen für Frankreich rüstet, und wahrlich beide nicht aus Liebhaberei für die Armee. Das moralische Gewicht einer Nation und eines Heeres beruht nicht auf dem, was es ist, sondern auf dem, was man von ihm hält. Wir aber sind in der Lage, daß im Auslande eine geringere Meinung von unserm Heere besteht, als es im Interesse des Vaterlandes nöthig wäre. In einem Bericht des Marschalls Randon vom 22. Mai wird eine Reserve aus ausgebildeten Soldaten gefordert. Ist es unnöthig, die Kadres zu ergänzen mit jungen Leuten, oder zurückzugreifen in die älteren Altersklassen? Der Redner beleuchtet das französische Konskriptionswesen und kommt auf den Schluß: ein Opfer zu bringen, ist nie etwas Angenehmes, aber was man mit Ehre erworben, muß man mit Ehre genießen; einem Vaterlande angehören, das geachtet in Europa dasteht, das einen höhern Standpunkt einnimmt, als seine materiellen Kräfte es zulassen, ist eine Ehre, die wir uns bewahren müssen. Was aber Preußens zukünftige Stellung angeht, so wird sie nicht ohne Widerstand zu erringen sein; den zu brechen, brauchen wir eine starke Armee. Richtig ist es: Preußen wird einen schweren Stand bekommen, wenn es isolirt ist; aber Bundesgenossen werden wir finden, nicht in dem Maaße, wie wir sie brauchen, sondern wie sie uns brauchen. Die Wahlen stehen vor der Thür; um unsere Person handelt es sich nicht; der Aufregung des Augenblicks kann man nicht so viel Gewicht beilegen, um auf die zukünftige Landesvertretung einzuwirken. Auf Grund des Zusammenhanges zwischen Grundsteuer und Militärvorlage hat einmal das andere Haus einen schweren Schritt gethan; Einigkeit wird das zweite Mittel sein, das Vaterland zu stärken; das möge man befördern. (Bravo!) — Abg. Graf Oriolla: Dies erhöhte Militärbudget darf nicht verkürzt werden, es ist nothwendig wegen der veränderten Kriegführung. Nach dieser Reorganisation wird Preußen allein in einer Schlagfertigkeit verharren können, die im Stande ist, ihm seinen alten Kriegsruhm zu wahren. Möge man auf die Vorlage mit Ja antworten und alle Zwietracht im Lande wird schwinden. Der Allerhöchste Kriegsherr aber wird sagen: das Ja ist mein.

Abg. Waldeck: Auch Derjenige, der für die Erhaltung der Landwehr in ihrem früheren Bestande eintritt, hat das Recht, für einen Patrioten, der besorgt ist für Land, König und Volk, gehalten zu werden. Die Landwehr hat die Siege der Freiheitskriege errungen und die Epigonen der Scharnhorst und Bülow müßten sich schämen, wenn sie glaubten, es besser machen zu können. Grade das Gesetz vom 3. September 1814 ist das Beste, was es im preußischen Staate giebt; mit dem heutigen Entwurf ist das Institut der Landwehr wesentlich alterirt; das Heer ist nicht allein die Bildungsschule für den Soldaten, sondern auch für die Landwehr, für den Landwehroffizier. Die Schranken zwischen Offizier, Soldaten und Bürger werden durch dieses Volk in Waffen beseitigt; die Landwehr ist so tüchtig wie die Linie, sie schießt ebenso gut wie die Linie, wir sind mit ihr und der Armee den Franzosen, den Oestreichern wie den Russen gewachsen, wenn es gilt, dem Vaterlande Gut und Blut zu opfern. Man hat so viel von den Mobilmachungen gesprochen; ja, wir sollen nicht mobilmachen, wenn wir nicht Krieg führen wollen, und Preußen wird nur einen großen Krieg führen können, wenn es an der Spitze der Zivilisation steht. Nun auch einige Worte über die zweijährige Dienstzeit; da steht oben an die Rede des jetzigen Finanzministers über die zweijährige Dienstzeit. So lange feudalistische Ideen sind, so lange werde ich dem feudalistischen Offizierthum nicht das Wort reden. — Der Kriegsminister macht auf verschiedene Mißverständnisse aufmerksam, die theils heute, theils in der Kommission vorgekommen sind. Die Regierung hat in der vorigen Session ihren Standpunkt sehr präzise bezeichnet, ebenso in der Kommission. Was die Regierung ausgeführt hat, ist nothwendig gewesen; das Provisorium soll die Gesetze der Kriegsverfassung nicht alteriren. Von einer mala fides kann nicht die Rede sein, auch nicht von einem Mangel an Legalität oder Loyalität Seitens der Regierung. Jeder, der die Waffen tragen kann, soll Soldat werden; die Kadres müssen also erweitert werden; der Finanzpunkt ist kitzlich, und ich bin von der Schwere desselben durchdrungen; unser heutiges Vaterland ist so leistungsfähig als das im J. 1820, damals unterhielt es 140,000 Mann, heute blühen Handel und Wandel. Bezüglich der Reorganisation selbst, so ist die Länge der Dienstzeit im vorigen Jahre genügend erörtert; principaliter ist die dreijährige Dienstzeit gesetzlich und aufrecht zu erhalten; ob Abänderungen zu machen, darüber können heute keine Mittheilungen gemacht werden. Die Landwehr soll nicht abgeschafft werden, es sollen nur gewisse Altersklassen der Linie einverleibt werden. Unser Heer ist ein Volksheer, die Offiziere sind keine Kaste, die Herren malen sich das aus und kämpfen dann mit Gespenstern. (Murren.) Ich werde mich nicht verleiten lassen, die Schäden, die Landesschäden sind, aufzudecken. Ich bin hier der Vertreter der Landwehr, wie der Armee. Man will eine kräftige auswärtige Politik; nun, wer den Zweck will, muß die Mittel wollen. Der moralischen Bundesgenossenschaft können wir nicht entbehren, aber ein Kampf von 17 Millionen gegen 34 Millionen ist denkbar, mit glücklichem Erfolge denkbar. Wenn 500,000 Preußen im Felde stehen, dann wird sich der Gegner suchen lassen, der nicht zu bezwingen ist. (Bravo! Bravo!) Ich spreche auch einer kräftigen auswärtigen Politik gern das Wort; helfen Sie mir, indem Sie mir die Armee verstärken. Die Regierung wird 24 Schwadronen, nicht 6 Regimenter bilden, wenn der Finanzminister sagt: es geht. Man sagt: die Soldaten leiden Hunger; ja, sehen Sie sich die jungen Leute an. (Lachen.) Ich werde glücklich sein, wenn Sie die Erhöhung des Soldes bewilligen; die Ausgaben für die Armee sind die produktivsten von allen, denn die Armee schützt die Güter des Bürgers. Bezüglich des französischen Reservesystems bin ich nicht der Meinung des Hrn. v. Berg. Das System der Beurlaubten hatte sich nicht bewährt, und so hat sich das Reservesystem seit 1859 gebildet. Bei den 40 Millionen wird keineswegs Alles über einen so großen Leisten geschlagen, daß da so ein Fleckchen von 750,000 Thlrn. leicht abfallen kann. Dafür sorgt der Finanzminister schon genügend. Die Regierung wünscht, daß die Vorlage in der von ihr beantragten Weise beurtheilt werde; sie hat keinen extraordinären Kredit gefordert.

Der Finanzminister: Hätte Herr Waldeck meine Rede, die ich vor 4 Jahren gehalten, mit eben so großer Aufmerksamkeit wie Vergnügen gelesen, er würde gefunden haben, daß es sich gar nicht um die 2- oder 3jährige Dienstzeit gehandelt, sondern um eine Ausdehnung der 2½ auf 4 Jahre. Die gegenwärtigen Ausgaben für das Heerwesen haben einen hohen Stand erreicht, und Ersparnisse wären wünschenswerth, aber es ist nicht möglich. Die Regierung will die allgemeine Wehrpflicht wieder zur Wahrheit machen; die Lasten sind nicht unerschwinglich; Klagen über hohe Steuern sind leicht zu provoziren, aber sie sind nicht begründet. Die Steuern sind erträglich, dafür zeugt das prompte, unverkürzte Eingehen der Steuern, die verhältnißmäßig geringe Auswanderung. Die finanzielle Lage des Staats betreffend, so ist dieselbe nicht so unerfreulich; der Bedarf für die Reorganisation der Armee ist anerkannt und gedeckt, nicht bloß für dieses, sondern auch für die folgenden Jahre. Das Jahr 1860 war als ein unter sehr mißlichen Verhältnissen begonnenes anzusehen, das habe ich nie verhehlt; aber im Jahre 1861 kommen nur noch zwei Positionen als außerordentliche Ausgaben vor, die nicht wieder erscheinen. Der Bedarf ist auf 8½ Mill. gestellt, die Kommission meint 9½ Mill.; davon nehme ich Akt, und erlauben es die Mittel, dann sollen die Ausgaben auf 9½ Mill. gesteigert werden; die Regierung braucht aber nur 8½ Mill., und wird damit allen Anforderungen genügen. Der Organisationsplan, vollständig durchgeführt, erfordert mehr Mittel, aber man kann sich beschränken, ohne die Interessen des Vaterlandes zu gefährden. Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir auf Ueberschüsse von Jahr zu Jahr zu rechnen; der Bedarf ist nicht nur für dieses, sondern auch für das folgende Jahr in der Staatskasse vorhanden. Die Regierung kann nur eine dauernde Geldbewilligung acceptiren, aber die Zeit wird kommen, wo die Last zum Theil von den preußischen auf andere Schultern wird gewälzt werden können. — Abg. Wagener (Regenwalde): Es ist unmöglich, die Reorganisation wieder rückgängig zu machen, auch wenn Jemand die Absicht haben sollte; die jetzige Armee bleibt, wie sie ist, trotz aller Beschlüsse in der Welt. Wir werden die Gelder als Ordinarium bewilligen, nicht weil, sondern obgleich die Grundsteuervorlagen bewilligt worden sind. Die ganze Frage ist eine politische, wir bewilligen aber die Gelder um der Armee selbst willen. Wir stimmen für das Ordinarium; es ist ein Gegensatz zwischen der Organisation und dem Gesetz von 1860 da; nicht das Heer, sondern nur die Geldmittel waren provisorisch bewilligt, und darum handelt es sich auch heute nur. Eine politische Frage ist sie für die, welche das Geld zwar bewilligen wollen, aber in einer Form, welche die Regierung schwächt. Die beiden Berichte beschäftigen sich mit einem Phantasiegemälde; Hr. Waldeck hascht nach Idealen, er möge Hrn. Brentano lesen, da werde er den Werth geschulter Offiziere kennen lernen. Der Frieden Europa's hängt nicht von dem Nationalverein ab, sondern von dem Mann, der in Paris auf dem Throne sitzt und von dem ersterer nur ein Werkzeug ist. (Lachen.) Sie werden Ihr Lachen nicht verantworten können. (Lachen.) Unser Vorschlag ist kein Kompromiß, auch keine Lösung, sondern nur eine Aufschiebung des Konflikts. Eine politische Konzession auf dem Gebiete der Armee in Preußen verwundet Preußen tief ins Herz. — Abg. Osterrath: Es ist eine eigenthümliche Stellung, daß nur Gegner der Kommission sich zum Worte gemeldet haben; die Summe wird von der Regierung allerdings in einer eigenthümlichen Weise gefordert, aber die Maaßregel, die durchgeführt werden soll, ist eine so großartige, daß man von der Form wird absehen können. Wird aber eine Absetzung beschlossen, so mag sie als Pauschquantum beschlossen werden, und der Regierung die Vertheilung überlassen werden. (Kühne'scher Antrag.) Ich kann mich in meiner Ansicht irren, meine Absicht ist die, das Beste des Vaterlandes zu fördern. — Ein Antrag auf Vertagung wird angenommen. — Zu persönlicher Bemerkung nimmt noch das Wort Abg. v. Hoverbeck: Der Kriegsminister habe ihn gefragt, welches seine Quellen seien, aus denen er geschöpft hat; das seien zwei: die Erklärungen der Regierung und die Berichte der Kommision. Ich habe nicht gesagt, die Soldaten seien Hungerleider, ich habe gesagt: wenn die Soldaten nicht Unterstützung haben, müssen sie Hunger leiden; trotz der rothen Backen halte ich diese Meinung aufrecht. — Der Präsident: Von hier an ist die Bemerkung nicht mehr persönlich. — Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Waldeck, Reichensperger (Geldern) und des Kriegsministers wird die Sitzung geschlossen und die Debatte auf morgen vertagt. (Vergl. das Telegr. in der Beilage.)

Lokales und Provinzielles.

V Posen, 28. Mai. [Begnadigung.] Der im vorigen Jahre wegen Mordes zum Tode verurtheilte Zimmerlehrling Franz Mulkowski ist von Sr. Maj. dem Könige zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt worden.

⊙ — [Unser Wollmarkt] wird zufolge Bekanntmachung des Magistrats vom 11. — 13. Juni abgehalten werden, worauf wir mit Bezug auf die später berichtigte Bekanntmachung des Herrn Polizei-Präsidenten vom 24. Mai (s. d. Inserat in Nr. 119 und 120) und den Zirkular-Erlaß der Ministerien für Handel und Landwirthschaft vom 20. März 1860 die Wollmarkts-Interessenten noch besonders aufmerksam machen, damit sie nicht etwa erst nach dem Markte hier eintreffen.

n Fraustadt, 27. Mai. Dem Distriktskommissarius Blindow aus Czerniejewo ist bei seinem Uebertritt in den Ruhestand der Charakter eines Polizei-Inspektors verliehen worden.

† Jarocin, 26. Mai. [Schützenfest; Unglücksfall.] Vom Wetter begünstigt, zog die hiesige Schützenbrüderschaft am zweiten Jahrestage ihres Bestehens, dem dritten Pfingstfeiertage, von der Wohnung des Verwesers und vorjährigen Königs, Dr. Beigel, hinaus in das schön gelegene Schützenhaus. Unter klingendem Spiele mit flatternder Fahne begab sich der Zug zuerst in das Palais des Kammerherrn Grafen Radoliński, um der Frau Gräfin den Dank für das schöne Geschenk der Königskette auszusprechen, die zum ersten Mal den König zierte. Auf dem Schützenplatze war bald ein reges Leben, nicht minder am darauf folgenden Tage. Die beiden Männer, welche sich besondere Verdienste um die Schützenbrüderschaft erworben, durch deren Eifer besonders der Bau des Schützenhauses so rasch von Statten ging, gewannen auch den Ruhm, die ersten Könige der Gilde zu sein. Zuerst im vorigen Jahre Dr. Beigel und in diesem Jahre Bürgermeister Gliemann. Das Fest verlief bis zu Ende in höchster Gemüthlichkeit. — Die Unvorsichtigkeit eines Elternpaares in dem Dorfe Radlin hat wiederum ein Opfer gefordert. Ein Kind wurde in der verschlossenen Stube allein zurückgelassen, während die Feuer auf dem Heerde brannte. Das Kind gerieth dem Feuer zu nahe, die Kleider fingen zu brennen an, und die zurückkehrende Mutter fand ihr Kind brennend an der Erde. An dem Aufkommen desselben wird sehr gezweifelt.

Σ Schwerin, 27. Mai. [Pfingstschießen; Ernteaussichten.] Am 21. und 22. d. feierte die hiesige uniformirte Schützengilde ihr Königsschießen. Am ersten Tage marschirte sie vom Rathhause aus, nachdem die Fahne und der Schützenkönig abgeholt waren, unter klingendem Spiel nach dem neu erbauten Schützenhause. Stellmachermeister Alexander Lehmann wurde als König, Bäckermeister J. Geselle als erster und Kommissionär W. Wotschke als zweiter Ritter proklamirt. Trotz des ungünstigen Wetters hatten sich zahlreiche Besucher von Stadt und Land zu dem frohen Volksfeste eingefunden. — Die Ernteaussichten erscheinen hier nicht so trübe, wie sie von manchen Seiten her befürchtet wurden. Wenngleich die fast beispiellose, anhaltende Kälte, die uns am 19. d. noch Schnee brachte, die gesammte Vegetation in der Entwickelung zurückhielt und den Roggensaaten auf leichtem Boden eine kümmerliche Physiognomie verlieh, so hat sich seit wenigen Tagen, wo Regen und eine mildere Temperatur sich einstellten, die Pflanzenwelt außerordentlich erholt. Der Roggen schießt bereits in Aehren; er verspricht einen geringeren Strohertrag, als im vorigen Jahre. Erbsen haben, außer daß sie im Wachsthum weiter sein könnten, nicht gelitten. Die ersten jungen Blätter der Frühkartoffeln sind größtentheils, selbst Keime unter der Erde, von der ungewöhnlichen Kälte zerstört. Das Gras der Heuwiesen ist zwar noch kurz, doch zeichnet es sich durch dichten Halmwuchs aus und läßt unter günstigen Witterungsverhältnissen auf ergiebige Ernte hoffen. Die Blüthen der Obstbäume und Sträucher sind fast durchweg erfroren. Der Hopfenbau, der schon während des Winters durch Ansammeln von Stangen vorbereitet wurde, gewinnt in diesem Jahre auf Kosten des Tabaksbetriebes an Umfang.

J Aus dem Kreise Gnesen. [Provinzielle Zustände ꝛc.] Die nationalökonomischen Verhältnisse der Provinz Posen zeigen zwar im Allgemeinen eine Entwickelung des Wohlstandes, eine größere Leistungsfähigkeit der Bewohner zu Staatszwecken, doch immer nur in sehr mäßiger Ausdehnung. Die Handwerker in den kleinen Städten befinden sich in gedrückter Lage, verschuldet theils durch mangelhafte Eigenschaft ihrer Arbeiten, theils durch Mangel an Begehr, der dann natürlich noch mehr zu Tage tritt, wenn schlechte Ernten und politische Besorgnisse hinzukommen. Für die Hebung des innern Verkehrs ist in den letzten Jahren Außergewöhnliches durch den Bau von Chausseen nach allen Richtungen hin geschehen, und wenngleich dies nicht ohne wesentliche Belastung der Gemeinden auszuführen gewesen, so sind doch die auf diesem Gebiete der öffentlichen Wohlfahrt erreichten Resultate vorzugsweise den finanziellen Talenten des Oberpräsidenten v. Puttkammer und seiner Energie zu danken. Wäre in gleicher Weise schon früher vorgegangen worden, es sähe in der Provinz um Vieles anders und besser aus. — Wenn von dem Verkehre nach Außen die Rede ist, so wird man darunter die Handelsverbindung mit Polen verstehen; sie ist für den größeren Theil der Provinz auf Null herabgesunken. Die Herstellung der Eisenbahnverbindung Breslau's mit Warschau hat den Verkehr der einen Hälfte der Provinz entzogen; der anderen widerfährt Aehnliches durch die in Kurzem fertig werdende Linie Bromberg-Thorn-Lowicz-Warschau. Nicht genug ist zu beklagen, daß das Gouvernement der damaligen lebhaften Agitation, welche sich für den Bau einer direkten Schienenverbindung Berlins mit Warschau über Posen, Gnesen ꝛc. erhob, der kürzesten, und kommerziell nicht nur für das Sonderinteresse der Provinz, sondern für alle höheren Staatszwecke wichtigeren Linie, kein Gehör geschenkt und der Linie über Bromberg, wie es scheint lediglich zu Gunsten der Ostbahn, den Vorzug gegeben hat. Aber auch die Aussicht auf eine nähere Verbindung des Herzens der Provinz mit Polen über Gnesen und Bromberg ist geschwunden, seitdem der Erlaß vom 20. Februar v. J., welcher die Oberschlesische Eisenbahngesellschaft von der Bauverpflichtung entbindet, bekannt geworden. Es heißt zwar, der Staat habe die Absicht, den Bau dieser Linie selbst in die Hand zu nehmen; aber wann wird dies bei dem Mangel an einträchtigem Zusammenwirken derjenigen Elemente in der Provinz geschehen, deren Beruf es wäre, das öffentliche Interesse zu eigenem Nutzen zu verfolgen und diesfällige Anträge einzubringen? Man nehme sich die Abgeordneten anderer Provinzen zum Muster! Die Bedingungen einer kräftigen Entwickelung des Handels fehlen in Binnengebieten überall da, wo demselben das Hinterland keine Entfaltung und Ausbeutung des Marktes gestattet; eine hervorragende Stellung nimmt darum der Kaufmann in der Provinz Posen nicht ein. Wenn schon der Handelsstand recht eigentlich zur Vermittelung des Verkehrs nach allen Richtungen hin und zur Beschaffung der Mittel berufen ist, für welche Bedürfniß sich zeigt, so trägt derselbe hier gerade zur Auswanderung des Kapitals bei und entzieht der Provinz das zu Unternehmungen anregende Urmittel in fühlbarem Maaße. Der in einer kleineren Stadt zu Kräften gekommene Geschäftsmann, der sein Emporkommen hauptsächlich lukrativen, auf die Kreditbedürftigkeit mitunter nur eines Gutsbesitzers gestützten Operationen zu verdanken hat, findet den Wirkungskreis bald zu klein; er übersiedelt nach Posen, später nach Breslau oder Berlin, verheirathet seine Töchter mit reicher Ausstattung nach anderen Provinzen, und um das hier erworbene Vermögen wird die Provinz natürlich ärmer.

Erklärt dieser Umstand einerseits den Geldmangel und den theuren Preis, um den Kredit zu erlangen ist, so hat derselbe andererseits seinen Grund in Ueberspannung des Kredits, im Mißbrauche desselben, und, wenn wir die große Zahl der über den Werth verschuldeten Güter in Betracht ziehen, in unproduktiven Ausgaben ihrer Besitzer. Das Alles sind Umstände, die das Kapital überhaupt nicht anlocken. Viel haben allerdings, neben mangelnden Betriebsmitteln, auch Mißernten und politische Zwischenfälle zum Ruin einer

(Fortsetzung in der Beilage.)

großen Zahl von Gutsbesitzern beigetragen. Wie viele haben aber auch die Ressourcen, welche schön bestandene Forsten, Rentenablösungs-Kapitalien, Pfandbriefs-Darlehen ꝛc. boten, lediglich zu konsumtiven, die materielle Existenz untergrabenden Ausgaben verwendet, und aus eigenem Verschulden mußten und müssen auf diese Weise Autochthonen die Stätte ihrer Geburt verlassen! Ein betrübendes Gefühl erregen die auffällig sich mehrenden Subhastationen — das Ende der bürgerlichen Existenz vieler Familien, der Termin, mit welchem für eine große Zahl der Real- und Personalgläubiger die Gewißheit des Verlustes ihrer Forderungen, oft ihres ganzen Vermögens eintritt. Mit den im Laufe dieses Jahres schon zur Subhastation gekommenen größeren Gütern in der Provinz werden mehr als 50 die Person ihrer Besitzer wechseln müssen. Termine standen bereits an für die Güter: Szkudła (Kr. Pleschen), Taxwerth 37,290 Thlr.; Malczewo (Gnesen) 96,249 Thlr.; Borowo (Kosten) 89,481 Thlr.; Witaszyce (Pleschen) 125,990 Thlr.; Wyganow (Krotoschin) 81,332 Thlr.; Babin (Wreschen) 35,082 Thlr.; Storchnest (Fraustadt) 133,462 Thlr.; Janocin (Inowracław) 33,987 Thlr.; Plawinek (Inowracław) 17,489 Thlr.; Smogorzewo (Kröben) 105,647; Sokolniki (Gnesen) 34,394 Thlr.; Kruchowo (Mogilno) 166,328 Thlr.; Karniszewo (Gnesen) 60,621 Thlr.; Dąbrowo (Mogilno) 31,963 Thlr.; Baszkowo (Krotoschin) 608,741 Thlr.; Słupia (Schildberg) 136,666 Thlr.; Grzybowo Chrzanowice (Gnesen) 66,213 Thlr.; Jeżewo (Schubin) 41,014 Thlr.; Nekla (Schroda) 207,996 Thlr. Dagegen kommen noch zur Subhastation: am 31. Mai Kozuszkowa Wola (Inowracław) 26,505 Thlr.; 4. Juni Chwalibogowo (Wreschen) 90,976 Thlr.; 14. Juni Podzamcze (Schildberg) 48,819 Thlr.; 8. Juli Groß-Luttom Nr. 1 (Birnbaum) 95,684 Thlr.; 15. Juli Orla (Krotoschin) 82,468 Thlr.; 15. Juli Komorze (Wreschen) 97,294 Thlr.; 18. Juli Wiersebaum (Birnbaum) 63,648 Thlr.; 18. Juli Słupy (Schubin) 51,260 Thlr. (2765 Morgen); 30. August Kiaszkowo und Marienthal (Wirsitz — Kreisgericht Lobsens) 60,571 Thlr.; 3. September Fabianowo (Pleschen) 23,683 Thlr.; 5. September Klein-Krentsch (Fraustadt); 7. September Galewo (Krotoschin) 44,624 Thlr.; 9. September Zmielinko (Wongrowitz) 19,586 Thlr.; 26. September Zawade (Kröben) 25,405 Thlr.; 2. Oktober Karsy (Pleschen) 64,991 Thlr.; 9. Oktober Wapno inklusive Gypsbruch (Wongrowitz) 336,362 Thlr.; 25. Oktober Zamość (Adelnau, Kreisgericht Ostrowo) inkl. 3343 Morgen Wald 37,945 Thlr., im Jahre 1847 auf 62,725 Thlr. durch die Generalkommission abgeschätzt; 13. November Latalice (Schroda) 33,022 Thlr.; 14. Dezember Dziadkowo (Gnesen) 48,811 Thlr.; 21. November Retschke (Fraustadt — Lissa) 3638 Morgen inkl. 323 Morgen Wiesen 133,066 Thlr.; 4. September Chomentowo (Schubin) 41,200 Thlr.; 16. Dezember Mszczyczyn (Schrimm) 127,394 Thlr. Der gerichtliche Verkauf vieler anderen ist eingeleitet. Der Taxwerth der vorbenannten Güter beträgt etwa vier Millionen Thaler; verschuldet sind dieselben zumeist über diesen weit hinaus, erstanden werden sie durchschnittlich für ⅔ der Taxe und es läßt sich hiernach der Verlust leicht erweisen, den die Gläubigerschaft und gleichzeitig das Nationalvermögen noch außerdem durch Devastirung der Güter, der Staat aber an Steuerkraft erleidet. Aus dieser Krisis werden gesunde Zustände sich nur dann entwickeln, wenn die neuen Erwerber in sich mit der Kraft eigenen Kapitals, Intelligenz und Arbeitslust vereinen. Die Zeit der Privilegien ist vorbei; Fleiß, Arbeit und Betriebsamkeit sind die Vorbedingungen jeder erwerblichen Thätigkeit.

Man prüfe die Subhastationsakten einzelner Güter und man wird sich aus der größeren Zahl derselben, namentlich wenn solche bepfandbriefte sind, überzeugen, daß vom Datum der verfügten bis zu der durch Zuschlag beendeten Subhastation Jahre vergehen können, ohne daß der Kreditor im Stande ist, etwas zur Beschleunigung zu thun, wenn sein gewandter Kridar den Austrag verzögern, die Gutsnutzungen auf Umwegen sich zuwenden und die Handhaben, welche das Gesetz bietet, brauchen will. Von vielen Beispielen eines: die Subhastation Schokkens (Kr. Wongrowitz) wurde am 10. Juni 1845 verfügt und erst durch Zuschlagsbescheid vom 3. November 1853, den der Subhastat aber auch noch anzufechten versuchte, beendet. Während dieser Zeit bekam ein unmittelbar auf das Pfandbriefsdarlehn mit 10,000 Thlr. folgender Hypothekengläubiger, trotz beinahe gleichzeitig eingeleiteter Sequestration, auf die Zinsen fast gar nichts. Noch etwas: ein Berliner Rentier erwirbt vor etwa 5 Jahren ein auf einem bedeutenden Rittergute zur ersten Stelle eingetragenes Kapital von 30,000 Thlr.; bis zu diesem Augenblicke war er trotz aller gerichtlichen Maaßregeln nicht im Stande, die Zinsen, auf welche er keinen Groschen überhaupt erhalten, beizutreiben. Vereitelt wird die Vindizirung durch fingirte Verpachtung zu einem solchen Preise, der zur Befriedigung der Realinteressenten nichts übrig läßt. Man wundere sich darum nicht, wenn das Kapital vom Grundbesitz abzukommen strebt und ausnahmsweise nur solchen Besitzern noch dargeliehen wird, die neben voller Realsicherheit eine Garantie für pünktliche Erfüllung übernommener Verpflichtungen in Gediegenheit des Charakters, politischer Zuverlässigkeit und technischer Tüchtigkeit zu bieten vermögen. Das wesentlichste Beförderungsmittel des Kredits ist rasche Rechtshülfe. Je strenger die Kreditgesetze, je schneller ihre Ausführung, um so besser für den soliden Kreditbedürftigen. Die Verschleppung, welche das Subhastationsgesetz vom 4. März 1834 dem böswilligen Schuldner gestattet, lag nicht im Willen des Gesetzgebers; dem Schuldner wollte das Gesetz bestimmte Fristen, keineswegs aber eine willkürliche Verlängerung derselben gestatten. Es soll übrigens das Justizministerium mit den Vorarbeiten zur Umgestaltung des Subhastationsgesetzes beschäftigt sein, vorher aber noch die Gerichtsbehörden über ihre Erfahrungen befragen wollen. Möchte dies doch recht bald geschehen! In Breslau soll eine Gesellschaft von Kapitalisten zusammentreten wollen, um die in der Provinz Posen zur Subhastation kommenden Güter behufs späteren vortheilhaften Weiterverkaufs zu erwerben. Dieses Manöver möchte in Bezug auf den Gewinn seine Bedenken haben, dagegen liegt es allerdings, und zwar zunächst im finanziellen Interesse des Staats, tüchtigen Landwirthen den Ankauf nach Möglichkeit zu erleichtern, weniger möchte sich für den Staat die eigene Erwerbung der jetzt zum Verkauf stehenden größeren Güter empfehlen, weil diese ohnehin nur von bemittelter Hand erworben werden müssen.

Der neugegründete Kreditverein beleiht Güter bis auf einen Taxwerth von 5000 Thlr. herab, also auch Bauerngüter. Koppe sagt: „Soll ein achtbarer Bauernstand erhalten werden, was für den Staat durchaus nothwendig, so muß das Bestreben in den Besitzern der einzelnen Höfe vorherrschend sein, schuldenfrei zu sein, oder wenigstens darnach zu streben, es zu werden. Ich halte es für einen Fehler von Seiten der Staatsgewalt, durch Gründung von Kreditanstalten die Belastung des Grundeigenthums mit Schulden zu erleichtern," und er hat im Allgemeinen wohl Recht; der Bauer vorzugsweise muß mit eigenen physischen und materiellen Kräften arbeiten, und der Mobilität des bäuerlichen Grundbesitzes durch eine zu weit getriebene Liberalität Vorschub zu leisten, dürfte bedenklich sein; darum wäre es wohl besser gewesen, wenn der Minimaltaxwerth auf 10,000 Thlr. festgestellt worden wäre. Die Lösung des letzten Bandes, die Rentenpflichtigkeit, welche den Bauer mit dem Gutsbesitzer geschäftlich noch zusammenbrachte, ist durchaus von keinen nachtheiligen Folgen für die materielle Existenz der Bauern gewesen, die man befürchten zu müssen meinte, weil man voraussetzte, der Bauer, an die unregelmäßige Einzahlung der Rente und die Nachsicht des Gutsherrn gewöhnt, würde den strengen Maaßregeln, welche die Rentenbank gegen säumige Zahler anwenden muß, zum Opfer fallen. Aber gerade diese Strenge hat die entgegengesetzte Wirkung gehabt, die Bauern haben sich an Ordnung gewöhnt und zahlen die ehemals gutsherrliche Rente mit einer seltenen Pünktlichkeit zur Kreiskasse. Reste kommen beinahe gar nicht vor.

Mit der Autonomie, welche der katholischen Kirche durch die Verfassung verliehen worden ist, und die nirgend in Frage gestellt wird, ist jeder Vorwand zu Beschwerden über Intoleranz oder Beeinträchtigung der Rechte ihrer Bekenner geschwunden. Will man den Beschwerden in der Sprachenfrage die Spitze abbrechen, die als Agitationsmittel allerdings von Gewicht werden könnten, wenn ihnen der Bauernstand sich aus religiösen oder nationalen Motiven inniger anschließt (und an Versuchen, es hierzu zu bringen, fehlt es bekanntlich nicht), so wird dies schwerer durch Kodifizirung der Fälle, in denen die Sprache im amtlichen Verkehr gebraucht werden muß, eher und leichter gewiß durch Anstellung solcher politisch zuverlässigen, mit der ländlichen Bevölkerung direkt verkehrenden Beamten erreicht werden, die der polnischen Sprache vollkommen mächtig sind. Es gilt dies namentlich von den Landräthen. Der Gedanke, das Amt der Distriktskommissarien eingehen zu lassen, die hierdurch ersparten Mittel zur auskömmlicheren Dotirung der Landräthe und zur Anstellung noch eines oder mehrerer tüchtigen Büreaubeamten unter der Bedingung zu verwenden, daß der Kreis stetiger bereist, die Schulen öfter inspizirt, den Kultur- und Verkehrsinteressen eine größere Aufmerksamkeit gewidmet werde, dürfte bei den einmal bestehenden Verhältnissen den Anträgen des „Vereins deutscher Landwirthe der Provinz Posen" auf Anstellung von 26 Kreisschulinspektoren gegenüber, einigen, wenn nicht vollen Anspruch auf Beachtung haben. Es hieße reale Verhältnisse ignoriren, wollte man behaupten, ein Landrath, der sich persönlich von den Zuständen der Schule eines polnischen Dorfes, der Tüchtigkeit des Lehrers und von allen übrigen Verhältnissen des Orts erschöpfende Kenntniß verschaffen wollte, könne dies, auch ohne polnisch zu verstehen; ebenso wäre es eine falsche Voraussetzung von einem Landrathe, der mit den polnischen Kreiseingesessenen in keinen Konnex gekommen, zu erwarten, er werde in politisch-kritischen Momenten mit dem Gewichte seiner amtlichen Autorität allein, trotzdem er sich vermöge seines Amtes keinen Einfluß verschafft, im Stande sein, antigouvernementalen Bestrebungen mit Erfolg entgegenzutreten. Es möchte hiernach doch wohl mehr, als man gemeinhin glaubte, von Nutzen für die Regierung sein, andere Postulate als bisher an die Landräthe in Bezug auf die Kenntniß der polnischen Sprache zu stellen. Die etwaige Wirkung z. B. der Flugschrift: „Język polski w W. X. poznańskiem" (s. Nr. 116), welche unter das polnische Landvolk vertheilt worden ist und die mit der Drohung schließen soll: daß, falls den darin in Betreff des Gebrauchs der polnischen Sprache enthaltenen Forderungen nicht entsprochen werden sollte, „eine R........" ausbrechen würde, wird ein Landrath, der die versammelten Schulzen des Kreises über die Tendenz einer solchen und jeder ähnlichen Schrift oder anderer gleichgearteter Agitationen in ihrer Muttersprache zu belehren vermag, gewiß bei Weitem eher als sein Kollege, der dies nicht im Stande, zu neutralisiren vermögen!

Stromberícht.

Oborniker Brücke.

Am 25. Mai. Kahn Nr. 4451, Schiffer George Hoffmann, von Stettin nach Posen mit Steinkohlen; Kahn Nr. 1522, Schiffer Heinrich Zeits, und Kahn Nr. 218, Schiffer Felix Weißpfennig, beide von Berlin nach Posen mit Salz; Kahn Nr. 8559, Schiffer Christian Klose, von Neusalz nach Konin mit Mühlsteinen; Halbjacht, Schiffer Friedrich Höt, von Obrzycko nach Posen mit Brettern.

Am 26. Mai. Kahn Nr. 239, Schiffer Friedrich Sommer, von Berlin nach Posen mit Salz. — Holzflößen: 11 Triften Eisenbahnschwellen und 10 Triften Kiefernkantholz, Auflast Stabholz, von Kolle in Polen nach Gließen.

Telegramm.

Beim Schluß der Zeitung gehen uns noch folgende Telegramme zu:

Berlin, Dienstag 28. Mai. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses erlangt zu dem Amendement des Abg. Kühne ein Unteramendement des Abg. v. Vincke: den Betrag von einer Million vom Etat abzusetzen und den Rest als Pauschquantum zu bewilligen, Aussicht auf Annahme. Der Finanzminister wies die gestrige Motivirung der Abstimmung des Abg. Wagener zurück, welche die Ansicht aufstellt, daß das Recht der Landesvertretung auf Bewilligung der Militärmittel zweifellos sei; bei einer etwaigen Kollision mit der Rechten des obersten Kriegsherrn sei die Lösung nicht neben, sondern in der Verfassung zu suchen.

(Eingeg. 28. Mai 1 Uhr 40 Minuten Nachmittags.)

Petersburg, Dienstag 28. Mai. An die Stelle des verabschiedeten Ministers der Volksaufklärung Kovalevsky tritt der Admiral Graf Panjutin I. Der Statthalter Polens, Fürst Gortschakoff, soll gefährlich erkrankt sein, und ein Gerücht sagt, der Kriegsminister Suchosanett sei zu seiner Stellvertretung nach Warschau beordert.

(Eingeg. 28. Mai 2 Uhr 45 Min. Nachmittags.)

Angekommene Fremde.

Vom 28. Mai.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Kaufleute Sändrup aus Berlin und Schröder aus Hamburg, Fabrikbesitzer Czarnikow aus Berlin, die Gutsb. Hille aus Ohlau, Göhrmann und Grothe aus Breslau.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Gutsb. Jockisch aus Kegelsmühl und Arndt aus Chrostowo, die Kaufleute Fendler aus Dresden und Lehmann aus Bromberg.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Frau Rittergutsb. v. Kowalska aus Żernik, die Kaufleute Löwe aus Hirschberg und Radke aus Breslau, Rentier Müller aus Berlin und Buchhalter Michels aus Stettin.

HOTEL DU NORD. Frau Rittergutsb. v. Radońska aus Rudnicz, Rechtsanwalt Pohle aus Lissa, Generalbevollmächtigter Szmitt aus Grylewo und Kaufmann Janke aus Bremen.

SCHWARZER ADLER. Fabrikdirektor Zugbauer aus Breslau, Probst Gniatczyński aus Targowagórka und Kaufmann Bartsch aus Stettin.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Bekanntmachung.

Der zur Verpachtung des Gutes **Dziadkowo**, Gnesener Kreises, auf den 11. Juni d. J. anberaumte Termin wird hiermit aufgehoben.

Posen, den 25. Mai 1861.
Provinzial-Landschaftsdirektion.

Wollmarkt.

Der diesjährige Wollmarkt in **Posen** findet vom 11. bis 13. Juni statt. Von Morgens 3 Uhr ab werden die Wollwaagen auf St. Adalbert, Kämmereiplatz und Schuhmacherstraße geöffnet sein. Da der Markt nicht vor dem 11. beginnen darf, so ist vor dieser Zeit das Verwiegen der Wolle, die Ausstellung von Waagescheinen, das Auslegen der Wolle an öffentlichen Orten, das Aufschneiden der Züchen nicht gestattet. Auch dürfen die Wollfuhren vor Beginn des Marktes auf den Straßen nicht auffahren. Den Herren Wollverkäufern kann daher zur Erhaltung der Marktordnung und zur Ersparung von Kosten nur angerathen werden, ihre Wollfuhren erst an den Markttagen, nicht früher, hier eintreffen zu lassen.

Posen, den 24. Mai 1861.
Der Polizeipräsident
v. Baerensprung.

Bekanntmachung.

An der hiesigen höheren Knabenschule, welche zu einem Progymnasium erweitert werden soll und gegenwärtig aus den Gymnasialklassen Sexta bis inkl. Tertia besteht, soll vom 1. Oktober d. J. ein Lehrer mit 450 Thlr. Gehalt angestellt werden, welcher die Qualifikation für das höhere Schulamt erlangt haben und insbesondere die facultas docendi für Geschichte und Geographie besitzen muß. Bewerber wollen sich unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines curriculum vitae bis zum **15. Juni c.** bei uns melden.

Schneidemühl, den 25. Mai 1861.
Der Magistrat.

Nothwendiger Verkauf.
Kreisgerichts-Kommission Poln. Crone.

Die dem Schornsteinfegermeister **Moritz Weber** gehörigen, hierselbst sub Nr. 14 und 15 belegenen Grundstücke, abgeschätzt auf 5400 Thlr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

30. Juli 1861 Vormittags 10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Alle unbekannten Realprätendenten werden aufgeboten, sich bei Vermeidung der Präklusion spätestens in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastationsgericht anzumelden.

Poln. Crone, den 5. Januar 1861.

Nothwendiger Verkauf.
Königliches Kreisgericht zu Wreschen, I. Abtheilung.

Das der verwittweten Generalin **Barbara v. Dąbrowska**, den Erben des **Ignatz v. Modliński**, dem Oekonomierath **Wendland**, dem **Bronisław v. Dąbrowski**, der **Bogusława v. Dąbrowska** gehörige Gut **Zajezierze**, abgeschätzt auf 7253 Thlr. 24 Sgr. 7 Pf., zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am

2. September 1861 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Diejenigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Wreschen, den 18. Dezember 1860.

Bekanntmachung.

Am 21. Juni d. J. Vormittags 10 Uhr werden vor dem hiesigen Rathhause durch unseren Auktionskommissarius **Hoppe** verschiedene werthvolle Mahagoni-Möbeln im Gesammtbetrage von circa 270 Thlr., darunter ein Mahagoni-Fortepiano, im Wege öffentlicher Auktion versteigert werden. Kauflustige werden hierzu vorgeladen.

Schrimm, den 24. Mai 1661.
Königl. Kreisgericht. Erste Abtheilung.

Möbel-Auktion.

Montag am 3. Juni c. Vormittags von 9 Uhr ab werde ich **im Hause Berlinerstraße Nr. 13 wegen Abreise eines hohen Stabsoffiziers**

gut erhaltene Mahagoni-Möbeln,

als: **Tische, Stühle, Spiegel, Sophas, Fauteuils, Schreibtische, Waschtische, Kommoden, Bettstellen mit Roßhaarmatratzen, Nachttische, Konsolen, Spinde ꝛc. ꝛc.**

gegen baare Zahlung öffentlich meistbietend versteigern.

Lipschitz, königl. Auktionskommissarius.

☞ Hierdurch erlaube ich mir die ergebene Anzeige zu machen, daß ich mit dem **1. Juni d. J.** eine **Pensions- und Halbpensionsanstalt** für jüdische Knaben hierorts eröffne.

Eine gesunde, geräumige, passend gelegene Wohnung nimmt die Zöglinge auf. Die **religiöse, sittliche Führung** derselben, wie ihre wissenschaftliche Fortbildung werde ich mit der größten Aufmerksamkeit und Ausdauer zu überwachen bemüht sein. Den Schülern der Gymnasien und der Realschulen, selbst denen höherer Klassen, soll durch mich die gründlichste Nachhülfe zu Theil werden. Dem Hebräischen wird gebührende Rücksicht gewidmet. Konversation im Französischen und Polnischen findet statt. Ein vortrefflicher Flügel steht zur Benutzung. Ich empfehle deshalb meine Anstalt hiesigen und auswärtigen Eltern angelegentlichst. Die näheren Bedingungen beliebe man bei mir mündlich oder schriftlich einzuholen.

Posen, 21. Mai 1861.

Dr. W. Loewenberg,
Wasserstraße 17, 1 Treppe.

Bekanntmachung.

Mein hierselbst belegenes Vorwerk, zu welchem circa 600 Morgen Land gehören, bin ich Willens, aus freier Hand zu verkaufen.

Wongrowitz, den 27. Mai 1861.
Alexander de Ginovie.

☞ In der Umgegend von **Gnesen** ist ein herrschaftliches Gut, enthaltend circa 600 Morgen, auch mehrere große Wirthschaften, 270, 200, 150 und 100 Morgen enthaltend, mit Inventarium und gutem **Boden** sofort zu verkaufen.

Das Nähere in der Expedition dies. Zeitung.

Eine große **Wassermühle** mit vier Mahlgängen und einem Hirse-, einem Grütz- und einem Graupegang, so wie Oelschlag und Walke, mit starker Wasserkraft, nebst einem **Vorwerke** von ca. 350 Morgen Areal **guten Boden** und Wiesen, dicht an einer **nicht unbedeutenden Stadt**, sind von **Johanni c.** ab auf mehrere Jahre zu verpachten. Auch kann die Mühle vom Vorwerk getrennt verpachtet werden.

Nähere Auskunft darüber ertheilt auf portofreie Anfragen der Kaufmann

O. A. Dullin in **Posen.**

Ein Selbstkäufer, der ein Kapital von 12,000 Thlrn. disponibel hat, sucht ein Gut mit **gutem** Boden zu kaufen oder zu pachten. Diejenigen Herren Besitzer, welche hierauf einzugehen beabsichtigen, werden ersucht, ihre Offerten sub **S. A.** poste restante **Gross-Glogau** franko einzusenden. Unterhändler werden nicht berücksichtigt.

Eine in jeder Hinsicht günstig belegene Brauerei ist veränderungshalber unter soliden Bedingungen zu verpachten.

Näheres in der Expedition dieser Zeitung.

Friedrich's Restauration,
Friedrichsstraße 12,
empfiehlt einen kräftigen Mittagstisch in und außer dem Hause.

Die Benutzung der Militair-Schwimmanstalt für Civilisten findet vom 3. Juni ab unter denselben Bedingungen wie in früheren Jahren statt. Das Nähere ist im Büreau des 1. Niederschles. Inft. Regts. (Nr. 46), gr. Ritterstraße Nr. 16, 2 Treppen hoch, in den Nachmittagsstunden von ½3 bis 4 Uhr zu erfahren.

Die Direktion.

Seebad Swinemünde.

Die hiesige Badeanstalt wird am **20. Juni** eröffnet. Gut ausgestattete Badewohnungen zum Preise von 2 bis 10 Thalern wöchentlich werden durch uns auf portofreie Anfragen kostenfrei vermittelt.

Abgesehen von einmaligen Musikbeiträgen werden alle Saison-Vergnügungen für Rechnung der Badekasse bestritten.

Für das städtische Theater ist die gut renommirte ***Bröckelmann'sche*** Gesellschaft engagirt.

Schluss der Saison am **20. September.**

Swinemünde, den 1. Mai 1861.

Die Badedirection.

☞ Bleichwaaren ☜

werden zur prompten und billigen Besorgung für die berühmteste Naturrasenbleiche angenommen in der

neuen Leinen- und Wäschehandlung
von
Julius Glückstein,
Markt Nr. 1, unterm Rathhause, vis-à-vis der Wronkerstraße.

Stettiner Portland-Cement.

Dem bauenden Publikum empfehlen wir obengenanntes, allgemein als **vorzüglich** anerkanntes und seit Jahren bei den bedeutendsten Bauten **bewährtes** Fabrikat zur geneigten Beachtung mit dem Bemerken, daß wir für **Posen** und Umgegend

dem Herrn *Eduard Ephraim* in Posen

den Alleinverkauf übertragen und denselben in den Stand gesetzt haben, Aufträge jederzeit in **bester, frischer** Waare zu den **billigsten Fabrikpreisen** prompt ausführen zu können.

Stettin, den 22. Mai 1861.
Direktion der Stettiner Portland-Cement-Fabrik.
Wilhelm Lossius. Dr. Delbrück.

☞ Zur Saat: ☜

Pferdezahn-Mais, Rigaer Leinsamen, Dotter, Sommerrübsen, langrankigen Riesenspörgel, rothen, weißen und gelben Klee, französische Luzerne, so wie alle **Grasarten,** empfehlen

L. Kronthal & Lewy,
Markt 84.

Dom. **Grabianowo** bei **Schrimm** stellt zum Verkauf 60 Stück Mutterschafe mit ungefähr 30 Lämmern, so wie 90 Stück Hammel. Dieses Vieh ist im besten Alter und zur Zucht tauglich, frei von erblichen Krankheiten und von feiner Wollbeschaffenheit.

Porzellan-Ausverkauf

wird zu herabgesetzten Preisen fortgesetzt.

R. Kantorowicz,
Markt- und Breslauerstraßen-Ecke Nr. 60.

Mehrere **Karrenspritzen** stehen billig zum Verkauf alten Markt, kurze Gasse 10.

M. 29. V. 6½ A. C. I. u. B. III.

Die Generalversammlung des landwirthschaftlichen Vereins der vier vereinigten Kreise findet **am 17. Juni c. Vormittags 10½ Uhr** in ***Gostyn*** in dem Hause der Frau von **Kulesza** statt, wovon die geehrten Mitglieder mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt werden, daß in dieser Versammlung die Beiträge pro 1861 gleichzeitig eingezogen werden sollen.

Familien-Nachrichten.

Verspätet.

Die Verlobung meiner Schwester **Ludolphine** mit dem Herrn **A. Frick** zu **Biodrusko** erlaube ich mir Verwandten und Freunden hiermit statt besonderer Anzeige ergebenst mitzutheilen.

Feldheim bei Berlin, den 23. Mai 1861.

Carl Nauck, Gutsbesitzer.

Gestern 11¾ Uhr Vormittags verschied nach langem, schwerem Leiden unser einziger innigst geliebter Sohn und Bruder **Magnus Präger** im Alter von 21 Jahren und 4 Monaten.

Tiefbetrübt widmen diese Anzeige Verwandten und Freunden

B. L. Präger als Vater,
Johanna Präger als Schwester.

Posen, den 28. Mai 1861.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobungen. Peitz: Frl. E. Schultze mit dem Konrektor Clamann; Berlin: Frl. M. Hoffmann mit dem Pfarrer Seeger; Hirschberg: Frl. R. Tschörtner mit dem Hauptm. Kierstein.

Verbindungen. Berlin: Frl. M. Rückert mit Hrn. Carl Riebe.

Geburten. Ein Sohn dem Oberstallmeister F. v. Rauch in Neustrelitz, dem Hauptmann R. v. Besser in Luxemburg, dem Grafen Ed. Bethusy-Huc in Bankau; eine Tochter dem Hrn. v. Zaluskowski in Naugard.

Todesfälle. Verw. Fr. W. Pätsch in Neu-Ruppin, Superint. Engelcken in Penkun, Fr. v. Lehsten in Schwerin, verwittw. Frau Karol. v. Zitzewitz geb. v. Schütz und verwittw. Frau Rektor M. Krause geb. Hochheimer in Berlin, verwittw. Frau Oberstlieutenant v. Kistowsky geb. Brasche in Stargard in Pommern, eine Tochter des k. Landrath W. Frhrn. v. d. Reck in Belgard, Fr. A. Wettich in Langensalza, Fr. v. Nostitz in Grüneiche, Fr. Wachler in Malapane, Fr. Schulze in Kreibau, Fr. Jacob in Wohlau, eine Tochter des Lieut. Hochauf in Halle, ein Sohn des Major a. D. v. Plötz in Scharlottenberg.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäfts-Versammlung vom 28. Mai 1861.

Fonds.	Br.	Gd.	bez.
Preuß. 3½ % Staats-Schuldsch.	—	87¾	—
„ 4 „ Staats-Anleihe	—	—	—
„ 4½ „ „ „	102½	—	—
Neueste 5% Preußische Anleihe	—	106⅝	—
Preuß. 3½% Prämien-Anl. 1855	—	121	—
Posener 4 % Pfandbriefe	—	—	—
„ 3½ „ „	—	95¼	—
„ 4 „ neue „	—	91¾ b u G	
Schles. 3½ % Pfandbriefe	—	—	—
Westpr. 4 „ „	—	95	—
Poln. 4 „ „	—	85¼	—
Posener Rentenbriefe	—	94½	—
„ 4% Stadt-Oblig. II. Em.	—	—	—
„ 5 „ Prov. Obligat.	—	99	—
„ Provinzial-Bankaktien	—	84½	—
Stargard-Posen. Eisenb. St. Akt.	—	—	—
Oberschl. Eisenb. St. Aktien Lit. A.	—	—	—
„ Prioritäts-Oblig. Lit. E.	—	—	—
Polnische Banknoten	—	87⅜	—
Ausländische Banknoten große Ap.	—	—	—

Roggen matter, gekündigt 25 Wispel, pr. Mai-Juni 42⅞ Gd., Juni-Juli 42⅞ bz., Juli-Aug. 43⅛ bz.

Spiritus wenig verändert, mit Faß pr. Mai 18⅞ Br., Juni 18⅔—⅚—7/12 bz., Juli 18⅞ bz., Aug. 19 bz.

Wasserstand der Warthe:

Posen am 27. Mai Vorm. 8 Uhr 2 Fuß 8 Zoll.
„ 28. „ „ „ 2 „ 7 „

Produkten-Börse.

Berlin, 27. Mai. Wind: N.-N.-O. Barometer: 28². Thermometer: 18° +. Witterung: sehr schön.

Weizen loko 72 a 84 Rt.

Roggen loko 43½ a 47½ Rt., p. Mai-Juni 45½ a 46⅛ Rt. bz., 46¼ Br., 46 Gd., p. Juni-Juli 45¾ a 46¼ Rt. bz. u. Gd., 46½ Br., p. Juli-Aug. 46⅝ a 47 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Aug.-Sept. 47¼ a 47½ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 47¼ a 48¼ a 48 Rt. bz. u. Gd., 48¼ Br., p. Okt.-Nov. 47¾ a 47⅞ Rt. bz.

Große Gerste 38 a 45 Rt.

Hafer loko 24 a 28 Rt., p. Mai-Juni 26¼ Rt. bz., p. Juni-Juli 26 Rt. bz., p. Juli-Aug. 26 Rt. bz., p. Sept.-Okt. 26⅝ a 26¼ Rt. bz.

Rüböl loko 11⅞ Rt. Br., p. Mai 11⅞ a 11 11/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 11⅞ a 11 11/12 Rt. bz., Br. u. Gd., p. Juni-Juli 11⅔ Rt. Br., p. Juli-Aug. 11¾ Rt. bz., p. Sept.-Okt. 12 1/12 a 12 a 12 1/24 Rt. bz. u. Gd., 12 1/12 Br.

Spiritus loko ohne Faß 19 a 19 1/12 Rt. bz., p. Mai 19 a 19⅙ a 19⅓ Rt. bz., Br. u. Gd., p. Mai-Juni 19 a 19⅙ a 19⅓ Rt. bz, Br. u. Gd., p. Juni-Juli 19 1/12 a 19 5/12 a 19⅓ Rt. bz. u. Gd., 19 5/12 Br., p. Juli-August 19 5/12 a 19¾ Rt. bz. u. Br., 19⅔ Gd., p. Aug.-Sept. 19⅚ a 19⅞ Rt. bz. u. Br., 19¾ Gd., p. Sept.-Okt. 19½ a 19¾ a 19⅝ Rt. bz. u. Gd., 19¾ Br., p. Okt.-Nov. 18¾ a 18 11/12 Rt. bez. u. Br., 18⅚ Gd.

Weizenmehl 0. 5¼ a 5½, 0. u. 1. 4⅝ a 5¼ Rt. Roggenmehl 0. 3 7/12 a 3⅞, 0. u. 1. 3⅛ a 3⅜ Rt.

(B. u. H. Z.)

Stettin, 27. Mai, 1 Uhr 37 Minuten Nachmittags. Weizen 70—84 Rt. bz., Juni-Juli 82½—87 Gd.

Roggen 44—45, Mai-Juni 44, Juni-Juli 44, Juli-Aug. 45½, Sept.-Okt. 45⅞ bz.

Rüböl Mai 11⅞ da, Sept.-Okt. 12 da.

Spiritus 19⅛, Mai-Juni u. Juni-Juli 19⅙ bz., Juli-Aug. 19⅔ da, August-Sept. 19¾ bz. u. Gd., Sept.-Okt. 19⅛ bz. (St. A.)

Breslau, 27. Mai. Wetter: Seit gestern hat mit veränderter Windrichtung schönes Wetter Platz gegriffen, heute klarer Himmel bei warmer Temperatur.

Weißer Weizen 81—86—89—92, gelber 73—80—84—88 Sgr.

Roggen, 60—62—64 Sgr.

Gerste, 46—50—58 Sgr.

Hafer, 32—34—35½ Sgr.

Erbsen 53—56—65 Sgr.

Kleesamen. Rother 11—12½—14⅛ Rt., weißer 8—10—13—15½ Rt.

Kartoffel-Spiritus (pro 100 Quart zu 80 % Tralles). 18⅞ Rt. Gd.

An der Börse. Roggen p. Mai 49½ Br., Mai-Juni 48¾ bz. u. Gd., Juni-Juli 48½—¼ bz., Juli-Aug. 48¼ bz. u. Gd., Sept.-Okt. 48⅛ bz.

Rüböl loko, p. Mai, Mai-Juni u. Juni-Juli 11½ Br., Juli-Aug. 11⅔ Br., Sept.-Okt. 11⅞ bz., 11⅞ Br.

Spiritus loko 19—18⅛ bz., 18¾ Gd., p. Mai, Mai-Juni u. Juni-Juli 18 7/12 Br., Juli-Aug. 18⅔ Gd. u. Br., Aug.-Sept. 19 Gd.

(Br. Hdlsbl.)

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, 27. Mai 1861.

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Düsseldorf	3½	79 bz
Aachen-Mastricht	4	20⅞ bz
Amsterd. Rotterd.	4	80½ bz
Berg. Märk. Lt. A.	4	96¼ bz
do. Lt. B.	4	— —
Berlin-Anhalt	4	124¾ bz
Berlin-Hamburg	4	116½ bz
Berl. Potsd. Magd.	4	139½ bz
Berlin-Stettin	4	117¾-118½ bz
Bresl. Schw. Freib.	4	104¾-104½ bz
Brieg-Neiße	4	48½ B
Cöln-Crefeld	4	— —
Cöln-Minden	3½	155-54½ bz
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	33½ bz
do. Stamm-Pr.	4½	74½ G
do. do.	4	79 G
Löbau-Zittauer	5	— —
Ludwigshaf. Bexb.	4	133¾ B
Magdeb. Halberst.	4	229½ bz
Magdeb. Wittenb.	4	41 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	106-¾ bz
Mecklenburger	4	47⅛ bz
Münster-Hammer	4	95¾ G
Neustadt-Weißenb.	4½	— —
Niederschles. Märk.	4	96¾ bz
Niederschl. Zweigb.	4	34¾ bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Nordb., Fr. Wilh.	5	45½-45 bz u G
Oberschl. Lt. A. u. C.	3½	121½ bz
do. Litt. B.	3½	109½ G
Oest. Franz. Staat.	5	134-35-34½ bz u G
Oppeln-Tarnowitz	4	33½ bz
Pr. Wilh. (Steel-B)	4	55½-55 bz
Rheinische,	4	84 bz u G
do. Stamm-Pr.	4	92 G
Rhein-Nahebahn	4	22½ B
Ruhrort-Crefeld	3½	79½ G
Stargard-Posen	3½	85 bz
Thüringer	4	107½ bz

Die Haltung der heutigen Börse war fest.

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Berl. Kassenverein	4	114½ G
Berl. Handels-Ges.	4	81 bz u G
Braunschw. Bk. A.	4	68 B
Bremer do.	4	99 B
Coburg. Kredit-do.	4	49½ bz u G
Danzig. Priv. Bk.	4	90 G
Darmstädter abgst.	4	73½ G
do. Ber. Scheine	4	— —
do. Zettel-B. A.	4	95 bz
Dessauer Kredit-do.	4	12¾-12⅝ bz
Dessauer Landesbk.	4	23-½ bz u G
Disk. Comm. Anth.	4	84⅞-85⅛ bz u G
Genfer Kred. Bk. A.	4	26 bz u G
Geraer do.	4	69¾ B
Gothaer Priv. do.	4	69½ B
Hannoversche do.	4	92½ B
Königsb. Priv. do.	4	85½ G
Leipzig. Kredit-do.	4	66 bz u B
Luxemburger do.	4	85 B
Magdeb. Priv. do.	4	81½ etw bz u G
Meining. Kred. do.	4	70½ etw bz
Moldau. Land. do.	4	— —
Norddeutsche do.	4	86 G
Oestr. Kredit- do.	5	64-¾-½ bz
Pomm. Ritt. do.	4	70 G
Posener Prov. Bank	4	86 bz
Preuß. Bank-Anth.	4½	123½ etw bz
Rostocker Bank Akt.	4	105¼ G
Schles. Bank Verein	4	80½ bz
Thüring. Bank-Akt.	4	53 etw bz
Vereinsbank. Hamb.	4	100 B
Waaren-Kred. Anth.	5	— —
Weimar. Bank-Akt.	4	73 G

Industrie-Aktien.

Dessau. Kont. Gas-A	5	95½ Kl bz
Berl. Eisenb. Fabr. A.	5	56 bz
Hörder Hüttenv. Ak.	5	67½ B
Minerva, Bergw. A.	5	18 bz
Neustädt. Hüttenv. A	5	3¾ B
Concordia	4	104 G
Magdeb. Feuerverf. A	4	425 etw bz u G

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	86½ G
do. II. Em.	4	84¾ B
do. III. Em.	4½	90¾ G
Aachen-Mastricht	4½	67½ bz
do. II. Em.	5	65¼ G
Bergisch-Märkische	5	101 bz
do. II. Ser.	5	101 bz, IV 102 bz
do. III. S. 3½ (R. S.)	3½	79¾ G
do. Düsseld. Elberf.	4	— —
do. II. Em.	5	— —
do. III. S. (D. Soest)	4	87 G
do. II. Ser.	4½	95¾ G
Berlin-Anhalt	4	97¾ bz
do.	4½	101½ B
Berlin-Hamburg	4½	103⅜ G
do. II. Em.	4½	— —
Berl. Pots. Mg. A.	4	95½ G B. 96 G
do. Litt. C.	4½	101¼ bz
do. Litt. D.	4½	100¼ G
Berlin-Stettin	4½	101¾ G
do. II. Em.	4	91 bz
do. III. Em.	4	90¾ G
Bresl. Schw. Freib.	4½	98 B
Brieg-Neißer	4½	— —
Cöln-Crefeld	4½	— —
Cöln-Minden	4½	101¾ G
do. II. Em.	5	102 G
Cöln-Minden	4	91 G
do. III. Em.	4	87¾ bz
do.	4½	98 bz
do. IV. Em.	4	88 B
Cos. Oderb. (Wilh.)	4	83¾ bz
do. III. Em.	4½	87½ B
Magdeb. Wittenb.	4½	95½ B
Niederschles. Märk.	4	95¾ bz
do. conv.	4	95¼ G
do. conv. III. Ser.	4	92¼ bz
do. IV. Ser.	5	100½ G
Nordb., Fried. Wilh	4½	100¾ G
Oberschles. Litt. A.	4	— —
do. Litt. B.	3½	82½ G, C. 90½ B
do. Litt. D.	4	90¼ bz
do. Litt. E.	3½	79½ G
do. Litt. F.	4½	97½ bz
Oestreich. Französ.	3	254½ bz
Prinz-Wilh. I. Ser.	5	— —, II. — —
do. III. Ser.	5	— —
Rheinische Pr. Obl.	4	86¾ G
do. v. Staatgarant.	3½	82¼ bz
Rheinische Pr. Obl.	4½	92 bz
Rh. Nhe-Pr. v. St. g	4½	95¾ bz
Ruhrort-Crefeld	4½	94 G
do. II. Ser.	4	85 B
do. III. Ser.	4½	90½ bz
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4½	95¾ G
do. III. Em.	4½	95¼ G
Thüringer	4½	— — II. 104¾ G
do. III. Ser.	4½	101¼ bz
do. IV. Ser.	4½	100½ G

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4½	102 G
Staats Anl. 1859	5	106⅛-7 bz
do.	4½	102⅛ bz
do. 1856	4½	102⅛ bz
do. 1853	4	97¾ bz
N. Präm St A 1855	3½	121½ bz
Staats-Schuldsch.	3½	88⅛ bz
Kur- u Neum. Schldv	3½	87¼ bz
Berl. Stadt-Oblig.	4½	102⅜ G
do. do.	3½	84¾ G
Berl. Börsenh. Obl.	5	105 bz
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärk.	3½	92 B
do.	4	100¾ G
Ostpreußische	3½	85¼ G
do.	4	95½ G
Pommersche	3½	89 bz
do. neue	4½	98¾ G
Posensche	4	101½ bz
do.	3½	95½ G
do. neue	4	91¾ G
Schlesische	3½	89¾ bz
B. Staat gar. B.	3½	— —
Westpreußische	3½	84¼ bz
do.	4	95⅛ G
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98⅛ bz
Pommersche	4	98 bz
Posensche	4	94¾ bz
Preußische	4	97¾ bz
Rhein- u. Westf.	4	97½ bz
Sächsische	4	99¼ G
Schlesische	4	98 B

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	49½ G
do. National-Anl.	5	57¾--58½-57⅞ bz
do. 250fl. Präm. O.	4	66 etw bz
do. neue 100fl. Loose	—	56½ bz
Russische: 5. Stieglitz-Anl.	5	88 B
6. do.	5	100 bz
Englische Anl.	5	102½ bz 4½%
N. Russ. Egl. Anl.	3	62 bz u B [90 G
Polnische: Poln. Schatz-O.	4	80½ bz
Cert. A. 300 Fl.	5	93½ etw bz u G
do. B. 200 Fl.	—	23½ G
Pfdbr. u. in SR.	4	85¾ bz u B
Part. O. 500 Fl.	4	92 G
Oestr. 5proz. Loose	5	61¾-62¼-62 bz u B
Hamb. Pr. 100 BM	—	94 bz u G
Kurh. 40 Thlr. Loose	—	49¾ B
Neue Bad. 35 Fl. do.	—	30½ B
Dessau. Präm. Anl.	3½	99 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113½ bz
Gold-Kronen	—	9. 5½ G
Louisd'or	—	109⅜ bz
Sovereigns	—	6. 22¼ B
Napoleonsd'or	—	5. 9⅞ bz
Gold pr. Z. Pfd. f.	—	Imp. 458½ G
Dollars	—	1. 13 G
Silb. pr. Z. Pfd. f.	—	29. 21 G
K. Sächs. Kass. A.	—	99⅜ bz
Fremde Banknot.	—	99¼ G
do. (einl. in Leipzig)	—	99⅜ bz
Fremde kleine	—	99¼ G
Oestr. Banknoten	—	72¼ bz
Poln. Bankbillet	—	87½ bz

Wechsel-Kurse vom 25. Mai.

Amsterd. 250fl. kurz	3	141¾ bz
do. 2 M.	3	141⅛ bz
Hamb. 300 Mk. kurz	2½	150¾ bz
do. do. 2 M.	2½	149⅞ bz
London 1 Lstr. 3 M.	4	6. 20½ bz
Paris 300 Fr. 2 M.	3	79⅛ bz
Wien öst. W. 8 T.	—	72 bz
do. do. 2 M.	6	71½ bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	3	56. 20 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56. 22 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99⅞ bz
do. do. 2 M.	4	99⅜ bz
Petersb. 100 R. 3 W.	4	95½ bz
Bremen 100 Tlr. 8 T.	3½	109⅞ bz
Warschau 90 R. 8 T.	—	86⅞ bz
Bank-Disk. f. Wchs.	4	

Breslau, 27. Mai. Die Börse bleibt günstig und die meisten Kurse erfuhren eine weitere Steigerung.

Schlußkurse. Diskonto-Komm.-Anth. 85 Br. Oestreichische Kredit-Bank-Aktien 63¾ bz. Posener Bank 84½-85 bz u Gd. Schlesischer Bankverein 81 Br. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Aktien 104 Gd. dito Prior. Oblig. —. dito Prior. Oblig. 98½ Br. Köln-Mindener Prior. —. Neisse-Brieger 48½ Gd. Oberschlesische Lit. A. u. C. 121 Gd. dito Lit. B. 109½ G. dito Prio. Oblig. 90 11/12 Br. dito Prior. Oblig. Lit. F. 97¼ Gd. dito Prior. Oblig. Lit. E. 79½ —. dito Prior. Oblig. —. Oppeln-Tarnowitzer 33½ Br. Rheinische —. Kosel-Oderb. 33¾ Br. dito Stamm-Prior.-Obl. —.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Schladebach in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.